

# Tätigkeitsbericht 2005

 Österreichischer  
Gemeindebund

**Der Österreichische  
Gemeindebund im Jahr  
2005**

**Tätigkeitsbericht**

Eigentümer, Herausgeber, Verleger:  
Österreichischer Gemeindebund  
1010 Wien, Löwelstraße 6  
Redaktion: Mag. Nicolaus Drimmel

## Inhalt

# Der Österreichische Gemeindebund im Jahr 2004 Tätigkeitsbericht

Inhalt	Seite	3
Vorwort	Seite	4
I	Kommunaljahr 2005 – Feste und Highlights	Seite 5
I / a	Gemeindetag in Oberwart	Seite 5
I / b	Gedankenjahr – auch die Gemeinden im Rampenlicht	Seite 8
II	Nationale Arbeitsschwerpunkte	Seite 11
II / a / 1	Österreich - Konvent	Seite 11
II / a / 2	Verwaltungsreform II	Seite 13
II / a / 3	Legistik	Seite 17
II / a / 4	Fluthilfe der Österreichischen Gemeinden	Seite 19
II / b / 1	Finanzen	Seite 21
II / b / 2	Siedlungswasserwirtschaft	Seite 27
II / b / 3	Altlastensanierung	Seite 31
II / c	Aufgaben und Vertretungen	Seite 33
III	Schwerpunkte der Arbeit auf internationaler Ebene	Seite 41
III / a / 1	Ausschuss der Regionen	Seite 41
III / a / 2	Rat der Gemeinden und Regionen Europas	Seite 42
III / a / 3	Kongress der Gemeinden und Regionen Europas	Seite 42
III / b / 1	Büro Brüssel	Seite 43
III / b / 2	Zusammenarbeit mit dem DStGB	Seite 43
III / c	ICNW, Internationales Kommunales Netzwerk	Seite 44
IV	Presse und Öffentlichkeitsarbeit	Seite 49
IV / a	Pressekonferenzen und Pressemitteilungen	Seite 49
IV / b	Öffentlichkeitsarbeit	Seite 50
IV / c	Publikationen	Seite 52
IV / d	<a href="http://www.gemeindebund.at">www.gemeindebund.at</a>	Seite 54
IV / e	<a href="http://www.kommunalnet.at">www.kommunalnet.at</a>	Seite 56
V	Organisation	Seite 59
V / a	Generalsekretariat	Seite 59
V / b	Organe des Gemeindebundes	Seite 60
V / c	Chronik der Organsitzungen	Seite 64
VI	Informationsteil	Seite 67
VI / a	Ehrentafel	Seite 67
VI / b	Landesverbände	Seite 69
VI / c	Gemeindebund	Seite 70

## Vorwort

### 2005 – Das Jahr der Herausforderung

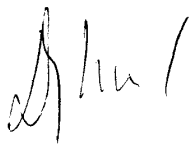
Vor Ihnen liegt der Tätigkeitsbericht für das Kalenderjahr 2005, eine Zusammenfassung der Aktivitäten des Österreichischen Gemeindebundes in kompakter und übersichtlicher Form. Das Jahr 2005 war ein Jahr der Herausforderungen und ein Jahr des Wandels.

Der Österreichische Gemeindebund war inhaltlich und politisch in einem sehr hohen Ausmaß gefordert und hat seine Stellung als sachlicher Vertreter der Interessen der österreichischen Kommunen weiter gefestigt. In Politik und Wirtschaft gilt der Gemeindebund als kompetenter und verlässlicher Partner, der die Interessen der Gemeinden harträchtig und mit guten inhaltlichen Argumenten vertritt.

Die Arbeit des Jahres 2004 hat sich 2005 voll ausgewirkt, die Ergebnisse der erfolgreichen Verhandlungen zu einem neuen Finanzausgleich ist für jede heimische Gemeinde sichtbar geworden. Der Gemeindetag 2005 in Oberwart war ein wichtiges und starkes Signal für den hohen Stellenwert der Gemeinden und ihrer Vertreter in der politischen Landschaft Österreichs.

Der Gemeindebund hat sich aber auch stark und sichtbar weiterentwickelt. Neben der klassischen Arbeit als Interessensvertretung wird der Servicecharakter immer stärker forciert. Die bisher angebotenen Serviceleistungen haben in vielen Gemeinden zu erheblichen Einsparungen sowie einem Wissens- und Informationsvorsprung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister beigetragen.

Der vorliegende Tätigkeitsbericht dokumentiert schwarz auf weiß das umfassende und engagierte Wirken unseres Verbandes, wir verbinden damit den Dank an alle kommunale Mandatäre, Interessensvertreter und Bedienstete für die 2005 geleistete Arbeit. Eine Interessensvertretung ist immer nur so stark wie ihre Mitglieder, diese Stärke wollen wir beibehalten und im Jahr 2006 weiter ausbauen. Glück Auf für 2006!



Generalsekretär



Präsident

## Highlights

### I Ein Arbeitsjahr zum Nachdenken – Erfolge und Flutkatastrophen

Das Jahr 2005 war nicht nur für die österreichischen Gemeinden von Höhen und Tiefen geprägt, es war ein arbeitsreiches und vielschichtiges Jahr. Neben einem Gedankenjahr und einem erfolgreichen Gemeindetag war es leider auch von Flutkatastrophen überschattet. Nicht nur die Tsunamikatastrophe in Ostasien löste eine große Solidarität bei den Menschen in Österreichs Gemeinden aus, auch Europa und große Teile unseres Landes wurden im Sommer von Flutkatastrophen heimgesucht. Die Verantwortlichen in den Gemeinden und ihrer kommunalen Interessensvertretung standen im Jahr 2005 vor einem Jahr der Ansprüche und des Schweißes zur Verteidigung der kommunalen Infrastruktur und des Lebensraumes „ländlicher Raum“. In diesem Kapitel sei aber auf zwei erfolgreiche kommunale Highlights des Jahres hingewiesen.

#### I / a Gemeindetag in Oberwart

Das größte kommunalpolitische Ereignis des Jahres war der 52. Österreichische Gemeindetag 2005 in Oberwart. Er stand unter dem Motto: „Gemeinden – Bausteine der Republik als Motoren für die Regionen“.



Eindrucksvolle Stimmung vor rund 2000 kommunalen Mandatarinnen und Mandataren in Oberwart

Die burgenländischen Gemeinden und ihre Landesverbände haben großartige Gastfreundschaft und Organisationstalent bewiesen, der Gemeindetag hat auch die Position der Gemeinden in der Öffentlichkeit gestärkt. Die Geschlossenheit und der politische Wille von mehr als 2.000 Bürgermeistern und kommunalen Mandataren wird auch in Österreich nicht nur von den Spitzen der Republik respektiert.

Auch der Gemeindetag, die größte kommunalpolitische Veranstaltung Österreichs, war schon von den großen Staatsjubiläen dieses Jahres geprägt, aber auch von aktuellen Anliegen und Forderungen der Gemeinden, von Fragen der europäischen Entwicklung, etwa nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden. Damit wurde auch deutlich, dass das Motto des 52. Gemeindetages in die Vergangenheit, in die Gegenwart und in die Zukunft verwies. Weil es daran erinnert, dass die Gemeinden vor sechs Jahrzehnten, in der „Stunde Null“ Übermenschliches geleistet haben und damit zu Bausteinen der Republik wurden, weil es die Rolle der Kommunen als bürgernächste Gebietskörperschaft und als größte öffentliche Investoren untermauert und weil es mahnt, dass es auch in Zukunft ohne starke Gemeinden keine starken Länder, keine starke Republik und kein starkes Europa geben kann.



Der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Helmut Mödlhammer, erinnerte daran, dass 1945 rund 2000 Kommunen als „Kriegsschäden-Gemeinden“ registriert waren. Es herrschten Hunger und Not, und es waren zunächst vor allem die Gemeinden, die für ein einigermaßen geregeltes Leben sorgen mussten und dabei in den ersten Nachkriegswochen weitgehend auf sich allein gestellt waren. An der Spitze standen von den Besatzern ernannte Bürgermeister und Mandatäre, die – so Mödlhammer - in einer katastrophalen Situation ein Vorbild vorgelebt haben. Damit haben sie verwirklicht, was den Begriff „Gemeinde“ ausmacht. Daseinsvorsorge war damals eine Überlebensfrage, während es heute bedeute, die Lebensqualität zu sichern und zu verbessern.

Die Hoffnungen, am Ende des Österreich-Konvents werde ein gemeinsam erarbeiteter Verfassungsentwurf stehen, haben sich nicht erfüllt. Aber, so forderte Präsident Mödlhammer, „das sollte uns doch nicht daran hindern, jene Materien, über die Einigkeit erzielt wurde, auch umgehend umzusetzen, also in der Verfassung zu verankern.“ Dazu gehöre vor allem die Bestandsgarantie für die Gemeinden gegen erzwungene Zusammenlegungen und die kommunale Kernkompetenz in der Daseinsvorsorge.

Als eines der wichtigsten aktuellen Themen bezeichnete Präsident Mödlhammer die Verhandlungen über die Verwaltungsreform II. Der Gemeindebund bekenne sich dazu, Einsparungspotentiale auszuschöpfen und werde auch einen entsprechenden Maßnahmenkatalog erarbeiten. Aber eine Reform, die diesen Namen wirklich verdient, dürfe sich nicht auf das Einsparen beschränken. Eine sinnvolle Reform erfordere auch einen klaren Blick auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen jeder einzelnen Maßnahme – also ein Kostenbewusstsein, das über kurzfristige Effekte weit hinaus geht.

Außerdem hätten gerade die Gemeinden in den letzten Jahren bereits eisern gespart, jetzt sei ihr Spielraum minimal, zumal 80 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unmittelbar im Dienstleistungsbereich für die Bürger eingesetzt sind. Ein Sparen bei den Investitionen hätte aber verheerende Folgen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt.

Größte Sorge bereite dem Gemeindebund die nach wie vor bestehende Benachteiligung des ländlichen Raumes, dessen Zukunft auf der Kippe stehe, betonte Präsident Mödlhammer.

Das Zusperrern weiterer 50 Bezirksgerichte drohe ebenso wie weitere Schließungen von Postämtern und Gendarmerieposten. Und dazu kommen jetzt noch die Gefahr von Kasernenauflassungen. Wobei auffalle, dass auf der „schwarzen Liste“ vor allem Garnisonen im ländlichen Raum stehen. In allen diesen Fällen seien hunderte Arbeitsplätze im ländlichen Raum gefährdet.

Mödlhammer forderte in diesem Zusammenhang einen umfassenden, ressortübergreifenden Infrastrukturplan, der sich nicht nur an ökonomischen Gesichtspunkten orientiert und den ländlichen Raum in den Mittelpunkt stellt. Eindringlich appellierte er, alle Maßnahmen, die den ländlichen Raum betreffen und gefährden, sehr sorgfältig zu überlegen, die mittel- und langfristigen Folgen zu bedenken und gemeinsam mit den Kommunen und ihrer Interessenvertretung für eine gute Zukunft dieser Regionen einzutreten. So wie vor sechs Jahrzehnten der Wiederaufbau der Städte eine nationale Herausforderung war, die von der Landbevölkerung akzeptiert und mitgetragen wurde, so müsste es heute ein nationales Anliegen sein, den ländlichen Raum in seiner Vielfalt als Lebens- und Wirtschaftsraum nachhaltig zu sichern.

Landeshauptmann Hans Niessl, der 13 Jahre Bürgermeister der Stadt Frauenkirchen war, würdigte den Einsatz und das Engagement der Kommunalpolitiker. Die Gemeinden hätten einen enormen Beitrag dazu geleistet, dass das Burgenland in den vergangenen sechzig Jahren vom ärmsten Bundesland zu einem modernen, selbstbewussten und gleichberechtigten Land geworden ist.

„An Österreich können sich viele orientieren“, sparte der bayerische Europaminister Eberhard Sinner nicht an Lob. Deutschland brauche eine Aufbruchsstimmung, wie sie in Österreich bereits bestehe.

Bundespräsident Dr. Heinz Fischer unterstrich die wichtige Rolle der Gemeinden im Jahr 1945, aber auch in den Jahrzehnten danach. Auch heute beweise die Kommunalpolitik eine hohe Innovationskraft. Das Staatsoberhaupt würdigte auch die aktive, wichtige und wertvolle Mitarbeit des Gemeindebundes im Österreich-Konvent und stimmte dem Vorschlag von Präsident Mödlhammer zu: Auch ihm erscheine es überlegenswert und vernünftig, Elemente, über die im Konvent Einigkeit erreicht wurde, umzusetzen.

„Ein Bürgermeister kann oft mehr in der Gemeinde verändern, als der Bundeskanzler im Bund“. Mit dieser Aussage des renommierten Staatsrechtlers Manfred Welan begann Dr. Martin Bartenstein, Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, seine Festrede und zog daraus den Schluss: „Bund und Gemeinden sind Partner, sie ziehen an einem Strang zur Stärkung des Standortes Österreich“.

Der Minister nannte sechs Schwerpunkte der Standortpolitik: Wirtschaftswachstum, Arbeitsmarkt, Investitionen, Forschung und Entwicklung, Verfahrensvereinfachung sowie Infrastruktur.

Die Gemeinden hätten beachtliche Erfolge vorzuweisen. Sie seien beispielsweise das Rückrat des Tourismus-Standortes Österreich. Besonders würdigte der Minister auch die Bemühungen der Kommunen um die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen, Frauen, Älteren und Jugendlichen in den Arbeitsmarkt. Hinter den Leistungen stehe viel „Reformgeist von unten“. In immer mehr Gemeinden seien Bürgermeister tätig, die sich als moderne Gemeinde-Manager verstehen, neue Wege gehen und eine Innovationskraft an den Tag legen, von der manche andere politische Ebene nur träumen kann.

## **I / b Gedankenjahr – auch die Gemeinden im Rampenlicht**

Der Österreichische Gemeindebund hat auch bei dem gesellschaftspolitisch relevanten Thema des Gedankenjahres Flagge gezeigt und damit die Bedeutung der Gemeinden für unsere Republik unterstrichen. Beim Festakt „60 Jahre Zweite Republik - 50 Jahre Staatsvertrag - 10 Jahre EU-Beitritt“ konnte der Gemeindebund eine Vielzahl überaus prominenter Gäste im neu renovierten historischen Landtagssitzungssaal im alten NÖ Landhaus begrüßen.

Die Festveranstaltung sollte unterstreichen, dass die Gemeinden einerseits Pioniere des Wiederaufbaues und der wiedergewonnen Freiheit waren, andererseits aber auch schon von Anfang an jene europäische Vision mitgetragen haben, die uns mit dem EU-Beitritt eine zukunftssträchtige Perspektive gegeben hat. Angesichts der großen Anzahl von Vertretern der Bundesregierung, der Länder, der Ministerien sowie Spitzenvertretern aus Wirtschaft, Gesellschaft und Kommunalpolitik konnte man ermesen, welchen Status sich die österreichischen Gemeinden in den letzten Jahren erarbeitet haben.

„Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft bewältigen“, hielt Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer am Beginn seiner Eröffnungsworte fest. Das Gedankenjahr 2005 sei eine wichtige Gelegenheit, um stolz auf jenen Weg zurückzublicken, den die Gemeinden in den vergangenen sechs Jahrzehnten zurückgelegt hätten. „Sie haben zu einem beispiellosen Aufstieg Österreichs von einem Trümmerfeld zu einem modernen Staat und geachtetem Mitglied der Europäischen Union beigetragen“, so Mödlhammer.

Die Festrednerin in dieser Feierstunde, Innenministerin Liese Prokop, fand einen sehr persönlichen Zugang zum Ort des Festaktes. In ihrer Festrede hob sie besonders hervor, welche großen Leistungen die Gemeinden gerade in der Zeit des Wiederaufbaus geleistet haben. Nachdem dies in allen vorangegangenen Feiern und Veranstaltungen des Gedankenjahres ein bisschen untergegangen war, müsse nunmehr eine deutliche Anerkennung der Arbeit der Gemeinden erfolgen.



Die „Vier im Jeep“ mit den Festrednern Präsident Helmut Mödlhammer und BM Liese Prokop

Die Ereignisse der Jahre 1945 bzw. 1955 erlebte die heutige Innenministerin noch als Kind und als Jugendliche. „Ich konnte die Tragweite damals sicherlich noch nicht erfassen, habe aber gespürt, dass beide Jahre elementare Ereignisse in der Geschichte unseres Landes waren. Ich werde nie vergessen, wie meine ganze Familie versammelt ums Radio saß, als Leopold Figl die Worte ‚Österreich ist frei‘ sprach.“ Das Jahr 1995 hingegen erlebte Prokop schon als Stellvertreterin des NÖ Landeshauptmanns. „Mit dem Beitritt Österreichs zur EU ist für mich ein Traum in Erfüllung gegangen“, so Prokop, die in diesem Zusammenhang aber auch sehr ernste Worte fand: „Auf jeden Traum folgt allerdings auch das Aufwachen und auch bei einer Jubiläumsfeier darf nicht unter den Teppich gekehrt werden, dass es große Anstrengungen und auch ein Umdenken sowohl in den Mitgliedsstaaten, als auch in Brüssel erfordern wird, um die derzeitige Krise der EU zu überwinden.“ Darin liege, so Prokop, auch der tiefere Sinn und Wert einer solchen Jubiläumsveranstaltung. „Es geht nicht darum, pathetische Heldensagen zu deklamieren, sondern es geht darum, Vorbilder ins Rampenlicht zu rücken, an denen sich auch junge Menschen orientieren können. Vorbilder wie die ernannten Bürgermeister der ‚Stunde Null‘, die mit ungeheuer viel Mut und Tatkraft eine schier unlösbare Aufgabe angepackt haben.“ Es könne, so die Innenministerin weiter, nicht genügen, den Aufstieg der Heimat von einem Trümmerfeld zu einem modernen und selbstbewussten Mitglied der europäischen Familie zu feiern und dann wieder zur Tagesordnung überzugehen. „Wir müssen vielmehr ein Beispiel nehmen und ein Beispiel geben. Wir müssen erkennen und vermitteln, dass wir aus

den gigantischen Leistungen der vergangenen 60 Jahre Kraft und Mut für die Lösung der gewaltigen Aufgaben von heute und morgen schöpfen können.“

Die Ministerin konnte die Pioniertaten in den Gemeinden auch durch einige persönliche Erinnerungen illustrieren. Die erfolgreiche Entwicklung der Zweiten Republik, so Prokop, sei maßgeblich von der Verantwortung und den Leistungen der kommunalen Mandatäre mitgetragen worden. Sie zog dabei auch eine Parallele zu den Leistungen der Gemeinden im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe des Jahres 2005. Dies habe bewiesen, dass diese Bereitschaft zum Dienst am Gemeinwesen auch heute besonders deutlich bei den Gemeindevertretern ausgeprägt ist.

## Aufgaben auf nationaler Ebene

# II Nationale Arbeitsschwerpunkte

### II / a / 1 Österreich - Konvent

Der Österreich-Konvent hatte am 28. Jänner 2005 den Entwurf einer neuen Bundesverfassung („Fiedler-Entwurf“) vorgelegt. Knapp zwei Jahre zuvor hat der Österreich-Konvent mit seiner konstituierenden Sitzung seine Arbeit mit dem Ziel aufgenommen, Vorschläge für eine grundlegende Staats- und Verfassungsreform auszuarbeiten. Die zukünftige Verfassung sollte eine kostengünstige, transparente und bürgernahe Erfüllung der Staatsaufgaben ermöglichen. Der vom Konvent ausgearbeitete Entwurf wurde schließlich einem eigens zu bildenden Sonderausschuss des Nationalrates zugewiesen.

Noch vor der Bildung dieses Ausschusses nahm der Österreichische Gemeindebund ausführlich dazu Stellung. Die Gemeinden als jene Einheiten, zu denen der einzelne Bürger die unmittelbarste und direkteste Beziehung hat, haben in der Diskussion über die neue Verfassung seitens der Vertreter aller Gebietskörperschaften eine besondere Achtung und Wertschätzung für ihre Arbeit erfahren. Der Österreichische Gemeindebund wies in diesem Zusammenhang auf die für die Gemeinden sehr konstruktiven und positiven Vorschläge des „Fiedler-Entwurfes“ hin.

Auch wenn der Text vielleicht nicht in allen Punkten ungeteilte Zustimmung fände, so die Ansicht des Gemeindebundes, sei er als solcher sehr gut geeignet, die bisherige Diskussion zusammenzufassen und als Grundlage für die weitere Arbeit an der Verfassungsreform zu dienen. Wenn eine Gesamtreform politisch nicht konsensfähig erscheine, sollten die positiven Gesichtspunkte des Entwurfes etwa in einer eigenen „Gemeindeverfassungsnovelle“ umgesetzt oder „schrittweise“ in die Verfassungsrealität übergeführt werden.

Der Österreichische Gemeindebund forderte daher von den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes, auch die Möglichkeit einer Teilnovellierung des Bundes-Verfassungsgesetzes in Betracht zu ziehen, um die einhellig gefassten Ergebnisse, insbesondere zur Stärkung der Gemeinderechte auch in Verfassungsrecht zu gießen. Im Ausführung dessen wurde im April 2005 ein **Forderungskatalog des Österreichischen Gemeindebundes zur Umsetzung der Ergebnisse des Österreich-Konvents und zur Stärkung der Gemeinderechte** verfasst. Dabei handelt es sich um folgende Punkte:

Art 247 hält nach wie vor an der Gemeinde als dem letztlich zentralen Gliederungselement des österreichischen Staatsgebietes fest, eine für uns wichtige und zentrale Bestimmung. Besonders begrüßt wird aber auch der zweite Satz des Art 247, der in Hinkunft zwangsweise Gemeindefusionen bzw Trennungen von Gemeinden ohne Zustimmung der betroffenen Bevölkerung ausschließt. Für den

Österreichischen Gemeindebund stellt diese Bestimmung einen gewaltigen Fortschritt gegenüber der geltenden Rechtslage dar. Nach den meisten Gemeindeordnungen ist derzeit eine Auflösung einer Gemeinde durch ein (einfaches) Landesgesetz zulässig; auch wenn in einigen Ländern (zum Beispiel Ktn, OÖ, Sbg) eine Einbindung der Bevölkerung (zum Beispiel durch Abhaltung einer Bürgerbefragung) vorgesehen ist, fehlte im B-VG bisher ein „räumlicher“ Bestandsschutz der einzelnen Gemeinde. Drastischstes Beispiel der Auflösung sind die Gebietsreformen der 70er Jahre, in welchen die Zahl der Gemeinden in Österreich von fast 4.000 auf 2.655 durch div. Strukturreformgesetze radikal reduziert wurde. Mit der neuen Bestimmung könnten die bestehenden Gemeindestrukturen nur noch mit der Zustimmung der betroffenen Bevölkerung geändert werden.

Positiv ist auch Art 247 Abs 4 zu bewerten: zwar wird nunmehr das Zustimmungserfordernis des Bundes bei der Schaffung von Statutarstädten aufgegeben, gleichwohl bleibt die Grundstruktur des österreichischen Städtewesens und der österreichischen Bezirksverwaltung grundsätzlich unverändert. Wichtig war es auch, die „Einheitsgemeinde“ als Grundprinzip der österreichischen Verfassungsordnung nicht in Frage zu stellen.

In Art 249 findet sich eine demonstrative Aufzählung wichtiger und einfachgesetzlich unentziehbarer Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches ebenso wie eine Generalklausel, welche sich am Subsidiaritätsprinzip orientiert. Für uns eine Schlüsselbestimmung der alten und neuen Bundesverfassung. Richtig war, den Aufgabenkatalog des derzeit geltenden Art 118 Abs 3 B-VG zu überarbeiten und den modernen Anforderungen anzupassen und wesentliche Klarstellungen vorzunehmen. Mit der Aufnahme der Daseinsvorsorge in den Aufgabenkatalog des eigenen Wirkungsbereiches wird ein lang gehegter Wunsch der Gemeinden erfüllt. Mit dieser Bestimmung wird den Gemeinden ausdrücklich die Gewährleistungsverantwortung für die kommunale Daseinsvorsorge übertragen.

Eine Neuordnung sollte auch das ortspolizeiliche Ordnungsrecht erfassen. Mit der Formulierung des Art 249 Abs 2 wird das ortspolizeiliche Ordnungsrecht von den engen Schranken der Missstandsabwehr herausgenommen und zu einem Instrument der kommunalen Gefahrenabwehr ausgebaut. Bisher war das ortspolizeiliche Ordnungsrecht auf die Beseitigung von Missständen begrenzt (z.B. Lärmbelästigung durch Rasenmähen etc.). Der Begriff des Missstandes ist nach der bisherigen Rücksprache eher eng abzugrenzen. Ein „Missstand“ musste entweder schon vorliegen, oder unmittelbar bevorstehen. Nunmehr wurde mit der Gefahrenabwehr die Möglichkeit der Gemeinde präventiv tätig zu werden deutlich erweitert. Beispiele für den – ausgedehnten – Anwendungsbereich finden sich zB bei der Abwehr alpiner Gefahren, bei der Regelung von Sport- und Freizeiteinrichtungen (Badeseen etc.) oder bei Hygienemaßnahmen. Gleichzeitig sichergestellt werden muss, dass den Gemeinden für die Vollziehung dieser erweiterten Ordnungen die notwendigen Mittel bzw. die erforderliche Unterstützung zur Verfügung stehen. Auch der Straffrahmen (innerhalb einer gesetzlichen Höchstgrenze) sollte von der Gemeinde selbst festgelegt werden.

Aus der Sicht der Gemeinden ist auch die offene Formulierung des Art 249 Abs 5 positiv zu bewerten. Dass die Gemeinden „nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für bestimmte Aufgaben“ Gemeindegewachkörper unterhalten können,

ermöglicht solche polizeilichen Formationen auch für Bereiche der Verwaltungspolizei zu schaffen.

Die interkommunale Zusammenarbeit wird im Entwurf entscheidend verbessert. Die Bildung von Gemeindeverbänden soll in Hinkunft nicht mehr an den Landesgrenzen Halt machen müssen, damit ist ein wiederholt geäußerter Wunsch des Österreichischen Gemeindebundes erfüllt worden. Bisher wurde die institutionelle Zusammenarbeit von Gemeinden an den Bundesländergrenzen rigoros beendet, die Gemeinden mussten auf informelle oder privatrechtliche Formen ausweichen. Immer stärker wird auch das Regionsdenken in den Ländern und Gemeinden, eine Zusammenarbeit, die nicht selten mit der Landesgrenze eher willkürlich endet. Nach der neuen Rechtslage könnten bspw. Gemeinden unterschiedlicher Bundesländer für den Betrieb eines Altersheimes gemeinsam einen Verband mit eigener Rechtsperson bilden, was derzeit unmöglich ist.

Die Einführung verwaltungsrechtlicher Verträge, die auch den Gemeinden offen stehen, wird ebenfalls ausdrücklich begrüßt. Mit diesen Bestimmungen wäre ein langgehegter Wunsch der Gemeinden erfüllt und zugleich die Voraussetzung geschaffen, dynamische und flexible Kooperationen zwischen den Gebietskörperschaften zu eröffnen. Durch verwaltungsrechtliche Verträge könnten rasche und unkomplizierte Kooperationsmöglichkeiten v.a. in der Hoheitsverwaltung – z.B. in der Raumordnung, im Baurecht oder in der Handhabung der Ortspolizei – zwischen den Gemeinden entstehen, ohne dass eine eigene Verwaltungsgemeinschaft oder ein Gemeindeverband gegründet werden muss.

Im Hinblick darauf, dass das neue größere Europa, der Wettbewerb der Regionen und der rasche gesellschaftliche Wandel eine immer größere Flexibilität und Leistungsfähigkeit von den Gemeinden verlangen, ist es nur konsequent, den Gemeinden die notwendigen Handlungsspielräume zu eröffnen. Mit einer Zustimmung und Beschlussfassung über die angeführten Punkte in einer eigenen „Gemeindeverfassungsnovelle“ wären zwar (noch) nicht alle Forderungen des Österreichischen Gemeindebundes umgesetzt, dennoch könnten damit wichtige Grundsatzfragen unserer Gemeinden rasch und zielgerichtet erfüllt werden. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die Fortführung des Erfolgskurses, den unser Land und seine Gemeinden in den letzten Jahrzehnten gemeinsam genommen haben.

## **II / a / 2 Verwaltungsreform II**

Als Folge der Neuregelung des Finanzausgleiches ab dem Jahr 2005 war der österreichische Gemeindebund im Berichtsjahr besonders in die Verhandlungen um die im FAG-Paktum vereinbarte Verwaltungsreform II eingebunden, die im Wesentlichen Doppelgleisigkeiten der Verwaltung und überzogene Standards beseitigen sollte. Der Österreichische Gemeindebund konnte dort wie auch schon im zu Ende gegangenen Österreich-Konvent die Forderungen der Gemeinden etwa nach verstärkten Möglichkeiten der Interkommunalen Zusammenarbeit positionieren.

Der nach außen transparente Erfolg der im November 2005 abgeschlossenen Verhandlungen von Bund, Ländern und Gemeinden ergab in einer Perspektive bis 2010 ein Einsparungsvolumen rund 1,8 Milliarden Euro.

Zum besseren Verständnis über die Breite des Verhandlungsergebnisses wird dieses allerdings ohne Anlagen hier abgedruckt:

**Politische Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, 15.11.2005**

Wesentlicher Teil der Gesamteinigung über den Finanzausgleich 2005 bis 2008 ist die Vereinbarung der Gebietskörperschaften zur Effizienzsteigerung der öffentlichen Aufgabenerfüllung "Verwaltungsreform II".

Laut FAG Paktum vereinbarten die Gebietskörperschaften die Einrichtung einer Arbeitsgruppe auf höchster politischer Ebene zur Erarbeitung von Maßnahmen für eine weiterführende Verwaltungsreform.

Im März 2005 begann der Prozess mit der Bildung der Arbeitsgruppe. Vertreter auf Bundesseite waren Herr Finanzminister Grasser, Frau Bundesministerin für Justiz Gastinger, Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft Pröll sowie Herr Staatssekretär Finz. Frau Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Gehrler und Frau Bundesministerin für Gesundheit und Frauen Rauch-Kallat verhandelten in ihren Sachbereichen. Die Vertreter der Bundesländer waren Herr Landeshauptmann Sausgruber, Herr Vizebürgermeister Rieder, Herr Landeshauptmann Pühringer, Herr Landeshauptmann Niessl und Herr Landeshauptmann Haider. Herr Präsident Mödlhammer und Herr Generalsekretär Pramböck sprachen für die Gemeinden und Städte.

Die Arbeitsgruppe hat sich zum Ziel gesetzt, einen wichtigen Beitrag zur weiteren Verbesserung der Qualität der öffentlichen Verwaltung zu leisten und die Gebietskörperschaften dem gemeinsam angestrebten Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes näher zu bringen.

Die Vertreter der Gebietskörperschaften vereinbaren die Umsetzung folgender Verwaltungsreformmaßnahmen:

**Aktivitätsaufwand**

Alle Gebietskörperschaften haben sich zum Ziel gesetzt, die Kostendynamik im Aktivitätsaufwand einzubremsen.

Die daraus quantifizierten Einsparungen ergeben kumuliert für den Zeitraum 2006 bis 2010:

Gebietskörperschaft	Mio. €	VBÄ
• Bund	700	6.240
• Bundesländer insg.	844	5.670
• Gemeinden insg.	342	3.757
• alle Gebietskörperschaften	1.886	15.667

- Die Vereinbarungspartner verpflichten sich darauf hinzuwirken, dass diese Einsparungsziele innerhalb der jeweiligen Gebietskörperschaften bis Ende 2010 umgesetzt werden.
- Die von den Gebietskörperschaften quantifizierten Einsparungen für den Zeitraum 2006 bis 2010 gelten mit Stichtag 1. Juli 2005 und werden alle zwei Jahre evaluiert.
- Die Vereinbarungspartner kommen überein, dass die Bestimmungen des Konsultationsmechanismus striktest einzuhalten sind; dies soll im Sinne einer Abklärung der finanziellen Auswirkungen von Gesetzes- und Verordnungsvorhaben im Vorhinein erfolgen, wobei eine maximale Zurückhaltung bei kostentreibenden Normsetzungen anzustreben ist.

Österreich wird darauf hinwirken, dass im Prozess der europäischen Normsetzung kostentreibende EU-Regelungen bekämpft bzw. deren Auswirkungen für Bund, Länder und Gemeinden hintan gehalten werden.

### **Schulverwaltungsreform**

Optimierung der Schulverwaltung mit dem Ziel der Qualitätssteigerung im Bildungsbereich. Daher werden folgende Maßnahmen ergriffen.

- Schaffung der Möglichkeit der Neuordnung der Schulsprengel in einem grundsatzgesetzlichen Rahmen, der ein höheres Maß an Flexibilität bei der Festlegung von Standorten und Einzugsbereichen einräumt
- Zusammenführung der administrativen Leitungen von Kleinschulen mit dem Ziel der Erhaltung von Kleinstschulstandorten insbesondere im ländlichen Raum
- Bund, Länder und Gemeinden sind von der Notwendigkeit der Verbesserung der Integration von Kindern nichtdeutscher Muttersprache überzeugt und treten in Gespräche ein mit dem Ziel, eine einvernehmliche Lösung im Schuljahr 2006/07 zu finden.

Die Vereinbarungspartner einigen sich hinsichtlich der Auflösung von Bezirksschulräten, Abschaffung der Kollegien der Landesschulräte und der Schaffung von Landesbildungsdirektionen bis spätestens Jahresende 2006 ein Konzept zu finalisieren.

### **Gesundheitswesen**

Bereits in der Artikel 15a B-VG Vereinbarung über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens haben die Vertragspartner Maßnahmen zur Senkung von Verwaltungskosten und weitere Maßnahmen im patientenfernen Bereich zur Effizienzsteigerung bzw. Steuerung im Gesundheitswesen in Höhe von rund 300 Mio. € wahrzunehmen.

Ziele bleiben auch weiterhin die Einsparung von Verwaltungsausgaben im Gesundheitsbereich und das Bremsen der Kostendynamik im Spitalswesen. Die identifizierten Maßnahmen umfassen

- Benchmarking der Kosten der Krankenanstaltenverwaltungen
- Schaffung von gemeinsamen Einkaufskompetenzzentren
- Forcierung einheitlicher IT Lösungen
- Maßnahmen zur Kostendämpfung und Effizienzsteigerung bzw. Steuerung im Gesundheitswesen
- PPP Modelle im Bereich der Spitalsambulanzen
- Schaffung von bundesgesetzlichen Rechtsgrundlagen für die Ausübung des ärztlichen Berufes in Gesellschaften

### **Standardisierung der Personaldaten der Gebietskörperschaften**

Ziel ist die Schaffung einer Standardisierung in den Personaldaten des öffentlichen Sektors, um eine effektive Personalsteuerung und ein (auch internationales) Benchmarking zu gewährleisten. Daher haben sich alle Gebietskörperschaften vorgenommen, vergleichbare, transparente Daten des in ihrem Einflussbereich

stehenden Personals anzustreben. Die dafür notwendige Maßnahme ist die Standardisierung der Personaldaten.

- Die Verhandlungspartner einigen sich auf die Erfüllung der in Anlage 1 beschriebenen Vorgaben bis 31.12.2006.

### **Verwaltungspartnerschaften bzw. Kooperationen zwischen Städten, Gemeinden und Bundesländern**

Ziel ist Schaffung von Synergien durch den Ausbau von Verwaltungspartnerschaften und Kooperationen zwischen Städten, Gemeinden und Bundesländern. (Anlage 2)

#### **E-Government**

Ziele sind die Verbesserung der Zusammenarbeit und der Kooperation der Gebietskörperschaften im Bereich E-Government und damit eine Forcierung bürgerfreundlicher Verwaltungslösungen und Hebung von Verwaltungssynergien.

- Die Verhandlungspartner einigen sich auf eine gemeinsame Vorgangsweise von Bund, Ländern und Gemeinde- und Städtebund bis 31.12.2006 wie gemäß Anlage 3 vorgesehen.

#### **Wasserrechtsnovelle**

Über Anregung der Länder haben die beteiligten Gebietskörperschaften das derzeit geltende Wasserrechtsgesetz auf Möglichkeiten zur Verwaltungsentlastung analysiert, um in weiterer Folge die dadurch freiwerdenden Personal- und Sachressourcen vor allem im erstinstanzlichen Bereich für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie heranziehen zu können. Für die in Anlage 4 angeführten Maßnahmen wurde weitestgehend Konsens erzielt, so dass ein entsprechender Gesetzesentwurf vom BMLFUW ausgearbeitet wurde und nach erfolgter Begutachtung der parlamentarischen Behandlung zugeführt wird. Die Umsetzung der Maßnahmen wird zu Einsparungen von bis zu 40 VBÄ führen.

- Die Verhandlungspartner einigen sich auf Umsetzung der in Anlage 4 beschriebenen Maßnahmen.

#### **Beschaffungswesen**

Der Bund ist bereit, die vom Österreichischen Gemeindebund und vom Österreichischen Städtebund mit Schreiben vom 12. bzw. 13. Oktober 2005 angeregte Novellierung des Bundesgesetzes über die Errichtung einer Bundesbeschaffung GmbH (BB-GmbH-Gesetz) zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen, wonach die Bundesbeschaffung GmbH auch für Unternehmen im Eigentum von Ländern und Gemeinden tätig werden darf.

Der Bund setzt sich auf europäischer Ebene dafür ein, dass kommunale Kooperationen – aber auch Einrichtungen von Public-Private-Partnerships – im Vergaberecht eine Sonderstellung erhalten, um ihre Aufgabenerfüllung zu erleichtern.

#### **Jährliches Monitoring**

Die Verhandlungspartner einigen sich auf ein halbjährliches Monitoring der Umsetzung der einzelnen Dossiers im Rahmen der Haushaltskoordinierung des

Österreichischen Stabilitätspakts. Das erste Monitoring Ergebnis wird für 30.6.2007 erwartet.

### Sonstiges

Vereinbart wird weiters:

- Wegfall des Rechtsformenvorbehaltes im Dienstrecht
- Pauschale Weisungsfreistellung für bestimmte Verwaltungsorgane
- Erleichterung von Ausgliederungsmaßnahmen sowie
- Interkommunale Zusammenarbeit

### II / a / 3 Legistik

Die Einbeziehung in die Begutachtungsverfahren bei Gesetzes- und Verordnungsentwürfen des Bundes nimmt einen bedeutenden Umfang der Tätigkeit des Österreichischen Gemeindebundes ein.

Im Berichtsjahr ist die Gesamtzahl der übermittelten Gesetzesentwürfe im Vergleich zum Jahr 2004 um 10% gestiegen, insgesamt wurden **597 Entwürfe** (Konsultationsmechanismus und klassische Ministerialentwürfe) begutachtet. Weiterhin in großen Mengen sind dabei die Übermittlungen aufgrund der Verpflichtungen aus dem Konsultationsmechanismus sowie selbständige Anträge des Nationalrates eingelangt.

Nach Angaben des Bundeskanzleramtes betrug im Jahr 2005 die Anzahl der übermittelten Gesetzes- und Verordnungsentwürfe, die alle im Sinne der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus übermittelt wurden **267 Stück**, wovon **98** als Regierungsvorlagen zur Begutachtung binnen Wochenfrist vorgelegt wurden. Die Rechte nach dem Konsultationsmechanismus wurden seitens des Österreichischen Gemeindebundes allerdings sparsam und verantwortungsvoll gehandhabt, insgesamt hat der Gemeindebund zweimal - beide Male vorsorglich aus verhandlungstaktischen Gründen - ein Verlangen nach Konsultationsverhandlungen gestellt. Dies betraf die AgrarstatistikVO (Verordnung zur Statistik über die Agrarstruktur und den Viehbestand im Jahr 2005) und das Schulrechtspaket (BG, mit dem das Schulorganisationsgesetz, die 5. SchOG Novelle, das Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz, das Schulzeitgesetz 1985, das Schulpflichtgesetz 1985, das SchUG ua. geändert werden). Zum Wirtschafts- und Beschäftigungsgesetz wurde seitens des Gemeindebundes Verhandlungen gemäß § 6 FAG verlangt.

Abgesehen von den relativ kurzfristig zu begutachtenden Unterlagen nach dem Konsultationsmechanismus wurden auch die klassischen Ministerialentwürfe zur Begutachtung übermittelt. Folgende Zeitreihe berücksichtigt nur diese Entwürfe, die nach dem offiziellen Begutachtungsverfahren übermittelt wurden, dh. ohne die Entwürfe im Rahmen des Konsultationsmechanismus, seitens des Parlaments oder informell (siehe oben).

1997	195	begutachtete Gesetze und Verordnungen
1998	254	begutachtete Gesetze und Verordnungen
1999	261	begutachtete Gesetze und Verordnungen
2000	357	begutachtete Gesetze und Verordnungen
2001	327	begutachtete Gesetze und Verordnungen

2002	351	begutachtete Gesetze und Verordnungen
2003	356	begutachtete Gesetze und Verordnungen
2004	326	begutachtete Gesetze und Verordnungen
2005	330	begutachtete Gesetze und Verordnungen

Darüber hinaus wurden zahlreiche Dokumente der Europäischen Kommission begutachtet, die der Österreichische Gemeindebund im Rahmen seines verfassungsmäßig verankerten Informationsrechtes, aber auch über die Arbeit im Ausschuss der Regionen (AdR) und die bestehenden Kontakte zur Kommission und dem EU-Parlament erhalten hat.

Die folgende, nur cursorisch erstellte Übersicht dokumentiert die legislativen Aktivitäten anhand einzelner Beispiele. Dem Leser soll damit abseits des großen Umfangs ein Überblick über das inhaltlich breite Spektrum der Arbeit des Österreichischen Gemeindebundes geboten werden. Es werden ausgewählte Entwürfe von geplanten Legislativakten aufgelistet, die zeigen, in welcher vielfältigen Art und Weise die Gemeinden dadurch betroffen sein können und die die Arbeit des Gemeindebundes auf diesem Gebiet ein wenig näher illustrieren.

- 2. Dienstrechtsnovelle 2005
- Registerzählungsgesetz
- Bundesvergabegesetz 2006
- Verbandsverantwortlichkeitsgesetz
- Umweltrechtsanpassungsgesetz
- Gelegenheitsverkehrsgesetz
- Güterbeförderungsgesetz
- Energieausweisvorlagegesetz
- Schulrechtspaket 2005
- 21. StVO Novelle
- Abgabenänderungsgesetz
- Hochwassergesetz 2005
- Einkommensteuergesetz
- VO- Finanzausgleichsgesetz 2005
- Kommunalsteuer VO
- VO Voranschlag und Rechnungsabschluss
- VO einheitlicher Schlüssel: FAG 2005
- Gentechnikgesetz
- Pass- und Gebührengesetz
- Sicherheitspolizeigesetz Novelle 2006
- Asylgesetz 2005
- Strafrechtsänderungsgesetz 2006
- Abfallwirtschaftsgesetz Novelle 2005
- Wasserrechtsgesetz Novelle 2005
- VO Elektrogeräte
- VO der Statistik über die Agrarstruktur und den Viehbestand 2005
- Postgesetznovelle
- Post- Universaldienst VO
- Kurzparkzonen Überwachung VO

- Gewerberechtsnovelle 2005
- Handelsrechtsänderungsgesetz

## II / a / 4 Österreichs Gemeinden helfen Flutopfern in Süd-Ost-Asien

In einer Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden haben sich die österreichischen Kommunen bereit erklärt, sich innerhalb von drei Jahren einen Betrag von sechs Millionen Euro für die Opfer der Flutkatastrophe in Süd-Ost-Asien zur Verfügung zu stellen. Neben dem Österreichischen Städtebund hat auch der Österreichische Gemeindebund die Koordination dieser Aktion übernommen.

Insgesamt wurde dem Gemeindebund bisher von seinen Mitgliedsgemeinden mitgeteilt, dass diese 1.959.255 Euro gespendet haben. Ein Großteil der Spenden wurde direkt an die Trägerorganisationen der Hilfsprojekte von den Gemeinden selbst überwiesen. Der Gemeindebund hat hier nur die Sammlung der Daten durchgeführt, noch stehen Meldungen aus vielen Gemeinden allerdings aus.

Das Spendenaufkommen nach Bundesländern:

Bundesland	Anzahl der Gemeinden	Gesamtspende
Burgenland	21	€ 132.795
Kärnten	23	€ 41.279
Niederösterreich	192	€ 574.521
Oberösterreich	127	€ 268.357
Salzburg	59	€ 234.513
Steiermark	78	€ 121.248
Tirol	166	€ 345.762
Vorarlberg	42	€ 240.780
<b>Summe</b>	<b>708</b>	<b>€ 1.959.255</b>

Der Österreichische Gemeindebund hat ebenfalls ein Spendenkonto eingerichtet. Die österreichischen Gemeinden haben in zahlreichen Meldungen 172.216 Euro für dieses Konto angekündigt, bzw. bereits gespendet (teils auch schon für die Jahre 2006 und 2007). Ungefähr die Hälfte der Einnahmen auf das Gemeindebund-Konto ist für bestimmte Projekte oder Trägerorganisationen zweckgewidmet worden. Die Spendensumme wird auf die Jahre 2005, 06 und 07 aufgeteilt, um eine nachhaltige Aufbauhilfe zu gewährleisten. Zwei Projekte mit kommunaler Bedeutung wurden vom Österreichischen Gemeindebund besonders unterstützt.

### 1. Gemeindezentrum in Ahangama (Sri Lanka)

Konkrete Hilfe leisteten die österreichischen Gemeinden mit der Übergabe eines Spendenschecks in der Höhe von 40.000 Euro an die Tageszeitung Kurier, der bisher schon mit der Errichtung des „Österreich Dorf“ großartige Hilfe vor Ort geleistet hat. In Absprache mit dem Projektteam des „Kurier“ hat sich der Gemeindebund entschlossen, im Namen der österreichischen Gemeinden ein Gemeindezentrum in Ahangama (Sri Lanka) zu unterstützen. Die tatsächlichen Baukosten übernimmt die österreichische Bauwirtschaft, mit der Großspende der

österreichischen Gemeinden wird die komplette Ausstattung finanziert. In diesem Gemeinde- und Kommunikationszentrum wird es u.a. eine kleine Klinik für den Gemeindefacharzt geben, in der Impfungen, Beratungen und Grundleistungen der medizinischen Betreuung angeboten werden. Weiters wird im Gemeindezentrum eine Bücherei, ein IT-Raum, und ein kleines Cafe untergebracht. Die Betreiberfrage ist ebenso schon geklärt, wie die Eigentumsrechte des Grundes, auf dem das Zentrum errichtet werden soll.

## **2. Gesundheitszentrum des „Hilfswerk Austria“ in Koh Siray (Thailand)**

Eine weitere Großspende der Österreichischen Gemeinden übergab Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer an den Direktor des „Hilfswerk Austria“, Dr. Erich Fidesser. Mit der Spende in Höhe von 20.000 Euro wurde ein Teil eines Community Centers mit Gesundheitsstation in Koh Siray (Phuket, Thailand) finanziert. Teil dieses Centers ist, neben der Gesundheitsstation, auch eine Bibliothek und ein Trainingszentrum zur Berufsausbildung. Hier werden u.a. Kurse für basiskaufmännische Tätigkeiten oder Schulungen zur Selbstvermarktung von Handwerksprodukten angeboten.

## II / b / 1 Finanzen

## 1. Gemeinschaftliche Bundesabgaben Abgabenerfolg 2004 und 2005

in Mio Euro

Abgabenart	2004	2005	+/- %	Gemeindeanteil FAG 2005 in %
Einkommensteuer	2.818,9	2.538,0	-10,0	11,605
Lohnsteuer	17.118,6	16.931,8	-1,1	11,605
KESt I	566,3	791,7	39,8	11,605
KESt II	1.318,0	1.280,4	-2,9	11,605
Körperschaftsteuer	4.470,4	4.418,4	-1,2	11,605
Erbschafts- u. Schenkungssteuer	154,4	139,7	-9,5	11,605
Bodenwertabgabe	5,4	5,3	-1,8	96,000
Umsatzsteuer	18.154,9	19.442,0	7,1	11,605
Tabaksteuer	1.317,9	1.339,7	1,6	11,605
Biersteuer	201,9	203,1	0,6	11,605
Mineralölsteuer	3.594,0	3.565,4	-0,8	11,605
Alkoholsteuer	125,4	117,7	-6,1	11,605
Schaumweinsteuer	18,7	9,8	-47,7	11,605
Kapitalerwerbsteuern	52,8	81,0	53,5	11,605
Werbeabgabe	94,7	97,8	3,2	86,917
Energieabgabe	736,2	784,9	6,6	11,605
Normverbrauchsabgabe	477,0	486,1	1,9	11,605
Grunderwerbsteuer	512,9	548,2	6,9	96,000
Versicherungssteuer	953,8	946,3	-0,8	11,605
Motorbez. Versicherungssteuer	1.251,1	1.325,2	5,9	11,605
KFZ-Steuer	166,0	142,8	-14,0	11,605
Konzessionsabgabe	199,6	203,6	2,0	11,605
Kunstförderungsbeitrag	14,7	15,5	6,3	11,605
<b>Abgabenerfolg des Bundes <sup>1</sup></b>	<b>54.322,6</b>	<b>55.414,4</b>	<b>2,0</b>	<b>-</b>

<sup>1</sup> Summe aller gemeinschaftlicher und ausschließlicher Bundesabgaben

## **Erläuterungen zum Abgabenerfolg 2005**

Seit 1.1.2005 gilt für die gemeinschaftlichen Bundesabgaben ein einheitlicher Verteilungsschlüssel für die Gemeinden von 11,605 %, der per VO des BM für Finanzen festgelegt und erstmals bei der Berechnung der EA-Vorschüsse für Sept. 2005 angewandt wurde. Mit der Zwischenabrechnung 2005 im März 2006 erfolgt eine ertragsneutrale Rückaufrollung zum 1.1.2005. Unverändert bleibt der Verteilungsschlüssel für die Bodenwertabgabe, Werbeabgabe und Grunderwerbsteuer.

### **Einkommensteuer: Aufkommen: 2.538,0 Mio € Rückgang -10,0 %**

Die Tarifreform der zweiten Etappe der Steuerreform 2005, die mit dem Konjunkturpaket 2002 beschlossenen Maßnahmen (Investitionszuwachsprämie, Forschungsprämien) sowie die im Jahr 2003 beschlossene Eigenkapitalförderung (Hälftesteuersatz für nicht entnommene Gewinne) haben aufkommensdämpfend gewirkt.

### **Lohnsteuer: Aufkommen: 16.931,8 Mio € Rückgang -1,1 %**

Beim Lohnsteueraufkommen wirkt sich ebenfalls die Tarifreform der 2. Etappe der Steuerreform aus, ebenso wie die Erhöhung des Pendlerpauschales und des Kinderzuschlages.

### **KEST I: Aufkommen: 791,7 Mio € Zuwachs +39,8 %**

Das Aufkommen ist ausschließlich vom Ausschüttungsverhalten der Kapitalgesellschaften abhängig.

### **KEST II: Aufkommen: 1.280,4 Mio € Rückgang -2,9 %**

Das derzeit international historisch niedrige Zinsniveau drückt das Aufkommen der KEST II. Aufkommensmindernd wirkt sich auch die zeitversetzte Zinsanpassung bei Wertpapieren durch das niedrige Zinsniveau aus.

### **Körperschaftsteuer: Aufkommen: 4.418,4 Mio € Rückgang -1,2 %**

Der Rückgang wird maßgeblich durch das Konjunkturpaket 2002 (siehe Einkommensteuer) beeinflusst. Auch die Senkung des Körperschaftsteuertarifes von 34 % auf 25 % zeigt ihre Wirkung, die jedoch voll für die Jahre 2006/2007 bei den Veranlagungen zur Körperschaftsteuer für die Vorjahre zum Tragen kommen wird.

### **Umsatzsteuer: Aufkommen: 19.442,0 Mio € Zuwachs +7,1 %**

Durch einen Abtausch der Spielbankenabgabe gegen eine entsprechende Erhöhung der Umsatzsteuer ist das Aufkommen um rund 150 Mio € gestiegen; diese Mittel sind aber zweckgebunden (Casinos Austria). Die Entwicklung der Umsatzsteuer entspricht im übrigen den Erwartungen. Positiv beeinflusst wurde das Gesamtjahresaufkommen durch die Umsatzsteuerzahlungen im Februar 2005, die aufgrund der Dezember-Umsätze 2004 geleistet wurden. Ein erfreulicher Nebeneffekt des Umsatzsteuerzuwachses ergibt sich für den Getränkeabgabenausgleich, der an das Umsatzsteueraufkommen gekoppelt ist.

<b>Mengensteuern:</b>	Aufkommen	+/- %
<b>Tabaksteuer:</b>	<b>1.339,7 Mio €</b>	<b>+1,6 %</b>
<b>Biersteuer:</b>	<b>203,1 Mio €</b>	<b>+0,6 %</b>
<b>Mineralölsteuer:</b>	<b>3.565,4 Mio €</b>	<b>-0,8 %</b>
<b>Alkoholsteuer:</b>	<b>117,7 Mio €</b>	<b>-6,1 %</b>
<b>Schaumweinsteuer:</b>	<b>9,8 Mio €</b>	<b>-47,7 %</b>
<b>Energieabgabe:</b>	<b>784,9 Mio €</b>	<b>+6,6 %</b>

Die angeführten Abgaben sind Mengensteuern (Mengensteuern sind Verbrauchssteuern, deren Bemessungsgrundlage die Einheit des besteuerten Gutes ist), womit das Aufkommen dieser Abgaben von der verbrauchten Menge abhängt. So ist z.B. das Aufkommen der Mineralölsteuer von der Menge der verkauften Treibstoffe abhängig, womit der leichte Rückgang (-0,8 %) im Aufkommen trotz steigender Treibstoffpreise begründet ist. Die Schaumweinsteuer wurde mit April 2005 ersatzlos abgeschafft.

**Werbeabgabe:** Aufkommen: 97,8 Mio € **Zuwachs** +3,2 %

Der relativ gute Mehrertrag dürfte branchenbedingt und zwar durch höhere Zuwachsraten begründet sein. Hingewiesen wird in dem Zusammenhang auf die Beibehaltung des Gemeindeanteiles im FAG von 86,917 %.

**Grunderwerbsteuer:** Aufkommen: 548,2 Mio € **Zuwachs** +6,9 %

Das Grunderwerbsteueraufkommen weist durch die gute Entwicklung am Immobilienmarkt positive Zuwächse auf, was im Hinblick auf den gleichgebliebenen Gemeindeanteil im FAG von 96,000 % erfreulich ist.

**Motorbez. Versicherungssteuer:** Aufkommen: 1.325,2 Mio € **Zuwachs** +5,9 %

Das Aufkommen ist von der Anzahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge mit einem höchst zulässigen Gesamtgewicht von 3,5 Tonnen abhängig. Die darunter fallenden Kraftfahrzeuge unterliegen einer motorbezogenen Versicherungssteuer. Die Höhe der Abgabe bemisst sich an der Kilowatt-Leistung der Kraftfahrzeuge.

## 2. Ertragsanteile in den Jahren 2004 und 2005<sup>2</sup>

In 1.000 Euro	2004	2005	+/- %
Burgenland	165.119	170.931	+3,52
Kärnten	402.576	419.126	+4,11
Niederösterreich	1.025.330	1.058.842	+3,27
Oberösterreich	981.419	1.022.560	+4,19
Salzburg	428.930	446.736	+4,15
Steiermark	794.423	825.026	+3,85
Tirol	534.492	554.679	+3,78
Vorarlberg	289.941	297.457	+2,59
Wien	1.614.533	1.647.360	+2,03
<b>SUMME</b>	<b>6.236.763</b>	<b>6.442.717</b>	<b>+3,30</b>

## 3. Getränkesteuerausgleich 2004 und 2005<sup>3</sup>

In 1.000 Euro	2004	2005	+/- %
Burgenland	7.886	8.495	+7,7
Kärnten	26.747	28.811	+7,7
Niederösterreich	47.806	51.494	+7,7
Oberösterreich	45.923	49.466	+7,7
Salzburg	29.675	31.965	+7,7
Steiermark	41.198	44.376	+7,7
Tirol	45.687	49.212	+7,7
Vorarlberg	15.146	16.315	+7,7
Wien	54.754	58.979	+7,7
<b>SUMME</b>	<b>314.822</b>	<b>339.114</b>	<b>+7,7</b>

<sup>2</sup> Die EA der Gemeinden in den Jahren 2004/05 (kassenmäßig) enthalten die Zwischenabrechnung, den Getränkeabgabeausgleich sowie den Anteil an der Werbeabgabe. Nicht enthalten ist die Spielbankenabgabe.

<sup>3</sup> Im Getränkesteuerausgleich (kassenmäßig) ist auch jeweils die Zwischenabrechnung enthalten.

#### 4. Anteil der Gemeinden an der Werbeabgabe 2004 und 2005<sup>4</sup>

in 1.000 Euro	nach VZ 2005	nach Aufkommen 2005	Sa. 2004	Sa. 2003
Burgenland	1.156	59	1.215	1.197
Kärnten	2.329	511	2.840	2.801
Niederösterreich	6.436	7.259	13.695	13.545
Oberösterreich	5.731	3.636	9.367	9.255
Salzburg	2.146	2.477	4.623	4.572
Steiermark	4.926	1.244	6.170	6.088
Tirol	2.804	540	3.344	3.298
Vorarlberg	1.462	400	1.862	1.837
Wien	6.454	34.038	40.492	40.148
<b>Sa. 2004/2003</b>	<b>33.443</b>	<b>50.164</b>	<b>83.607</b>	<b>82.741</b>

#### 5. Finanzzuweisung gemäss § 21 FAG 2005 (Gemeindekopffquotenausgleich) für die Jahre 2004 und 2005

Zur Finanzkraftstärkung der Gemeinden gewährt der Bund aus eigenen Mitteln jenen Gemeinden, deren Finanzkraft zu mehr als 10 % unter der Bundesdurchschnittskopfquote (innerhalb der jeweiligen Gemeindegrößenklasse) der Finanzkraft aller Gemeinden (außer Wien) liegt, Finanzzuweisungen.

Die Höhe der auf die Gemeinden entfallenden Finanzzuweisungen ist länderweise der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

In 1.000 Euro	2004	2005	+/- %
Burgenland	4.063	4.085	+0,54
Kärnten	6.182	6.006	-2,85
Niederösterreich	17.083	16.603	-2,81
Oberösterreich	15.215	14.780	-2,86
Salzburg	5.695	5.540	-2,72
Steiermark	13.077	12.708	-2,82
Tirol	7.443	7.236	-2,78
Vorarlberg	3.880	3.769	-2,86
Wien	17.130	16.655	-2,77
<b>SUMME</b>	<b>89.768</b>	<b>87.381</b>	<b>-2,66</b>

<sup>4</sup> In den Anteilen der Gemeinden an der Werbeabgabe (kassenmäßig) ist auch jeweils die Zwischenabrechnung enthalten.

## 6. Beihilfen- und Ausgleichszahlungen 2004/2005

Beihilfenzahlungen gemäß **GSBG (Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz)** wurden 2005 an folgende Einrichtungen vom Bund angewiesen:

- Träger der Sozialversicherung und der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
- die Krankenfürsorgeeinrichtungen
- die Träger des öffentlichen Fürsorgewesens
- die Kranken- und Kuranstalten
- die Pflegeanstalten, Alten-, Blinden- und Siechenheime von Körperschaften öffentlichen Rechts oder gemeinnützigen Rechtsträgern
- Krankentransporte

An Beihilfen gelangten im Jahr 2005 für alle genannten Einrichtungen rund 1.482,7 Mio € zur Auszahlung. Gegenüber dem Jahr 2004 erhöhten sich die Beihilfen um rund 66,2 Mio € oder um 4,7 %.

Die Höhe der Beihilfenzahlungen, soweit sich diese auf die **Krankenfürsorgeeinrichtungen, die Träger des öffentlichen Fürsorgewesens, die Kranken- und Kuranstalten, die Pflegeanstalten, Alten-, Blinden- und Siechenheime** von Körperschaften öffentlichen Rechts oder gemeinnützigen Rechtsträgern beziehen, sind der folgenden Aufstellung zu entnehmen.

<b>A. Länderweise in Euro:</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Burgenland	13.238.840	15.166.697
Kärnten	44.780.679	46.944.538
Niederösterreich	92.121.177	103.277.983
Oberösterreich	127.691.957	140.833.614
Salzburg	43.921.221	44.055.643
Steiermark	88.624.384	94.611.300
Tirol	53.741.158	54.888.998
Vorarlberg	31.110.386	29.611.170
Wien	181.752.256	192.833.717
<b>Summe</b>	<b>676.982.058</b>	<b>722.223.660</b>

<b>B. Nach Beihilfenart<sup>5</sup></b>	<b>in Euro</b>
Krankenfürsorgeeinrichtungen (§ 1 Abs 2 GSBG)	19.355.594
Träger der öffentlichen Fürsorge (§ 1 Abs 3 GSBG)	199.911.509
Kranken- und Kuranstalten (§ 2 Abs 1 GSBG)	502.956.557
<b>Summe</b>	<b>722.223.660</b>

<sup>5</sup> Aufteilung im Verhältnis der Vorjahre

## II / b / 2 Siedlungswasserwirtschaft

Im Jahr 2005 wurde vom Umweltminister die Förderung von 1.761 Projekten der Siedlungswasserwirtschaft (SWW) mit einem Förderbarwert von EUR 189,5 Mio. und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von EUR 772,8 Mio. genehmigt. Der durchschnittliche Fördersatz über alle Anlagenarten lag 2005 bei 24,5 % (2004 bei 24,5 %). Die Verteilung der genehmigten Förderungsmittel auf die einzelnen Anlagenarten zeigt Tabelle 1.

<b>Siedlungswasserwirtschaft gesamt 2005*</b> (Geförderte Projekte nach Anlagenart in EUR)			
Förderungsbereich	Anzahl	Umweltrelev. Invest. Volumen	Förderbarwert
<b>Summe</b>	1.761	772.780.615	189.527.961
ABA	785	578.936.096	159.599.426
KABA	16	2.064.958	619.487
PEWV	219	3.132.861	1.108.139
PKAB	393	6.247.513	1.396.898
WVA	337	127.325.828	19.098.876
BAM	9	54.716.869	7.479.245
Forschung	2	356.490	225.890

\*Vorläufige Zahlen, der Endbericht war bei Redaktionsschluss vom BMLFUW noch nicht freigegeben

**Tab. 1 (Quelle: BMLFUW/Kommunalkredit Public Consulting 2006)**

Im Zeitraum 1993 bis 2005 wurden insgesamt 20.071 Projekte mit Förderungen in der Höhe von EUR 3.792,1 Mio. und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von EUR 12.402,8 Mio. von der Kommission befürwortet und vom Umweltminister genehmigt. Der durchschnittliche Fördersatz über alle Anlagenarten lag für den Zeitraum 1993 bis 2005 bei 30,6 %.

14.043 Abwasserentsorgungsmaßnahmen mit einem Förderbarwert von EUR 3.351,4 Mio. und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von EUR 10.058,7 Mio., 5.427 Wasserversorgungsanlagen mit einem Förderbarwert von EUR 353,8 Mio. und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von EUR 1.912,3 Mio., 469 betriebliche Abwassermaßnahmen mit einem Förderbarwert von EUR 75,5 Mio. und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von EUR 398,5 Mio. sowie 132 Forschungsvorhaben mit einem Förderbarwert von EUR 11,4 Mio. und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von EUR 33,3 Mio. wurden unterstützt.

Die Verteilung der genehmigten Förderungsmittel über den Zeitraum 1993 bis 2005 auf die einzelnen Anlagenarten zeigt die umseitige Tabelle 2.

<b>Siedlungswasserwirtschaft gesamt 1993 bis 2005*</b> (Geförderte Projekte nach Anlagenart in EUR, bereinigt um Stornierungen und Kostenänderungen)			
Förderungsbereich	Anzahl	Umweltrelev. Invest. Volumen	Förderbarwert
<b>Summe</b>	20.071	12.402.810.049	3.792.084.307
ABA	9.208	9.950.569.483	3.322.656.844
EWVA	523	21.838.311	7.259.582
KABA	633	47.748.558	15.213.113
PEVV	1.278	20.396.660	6.944.600
PKAB	4.202	60.383.971	13.527.988
WVA	3.626	1.870.039.347	339.615.947
BAM	469	398.511.730	75.504.254
Forschung	132	33.321.988	11.361.979
*Vorläufige Zahlen			
<b>Tab. 2 (Quelle: BMLFUW/Kommunalkredit Public Consulting 2006)</b>			

Von den seit 1993 in 40 Kommissionssitzungen begutachteten Förderungsfällen wurden bis 31.12.2005 169 Ansuchen (100 Abwasserentsorgungs- und 69 Wasserversorgungsprojekte) mit einem Förderbarwert von EUR 37,4 Mio. und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von EUR 109,7 Mio. storniert.

## 1. Kommunale Siedlungswasserwirtschaft

2005 wurde vom Umweltminister die Förderung von 1.750 Projekten in der kommunalen Siedlungswasserwirtschaft mit einem Förderbarwert von EUR 181,8 Mio. und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von EUR 717,7 Mio. genehmigt. Der durchschnittliche Fördersatz in der kommunalen Siedlungswasserwirtschaft lag 2005 bei 25,3 % (2004 bei 24,4 %). Tabelle 3 zeigt die Verteilung der Förderungsmittel nach Bundesländern.

<b>Kommunale Siedlungswasserwirtschaft 2005*</b> (Geförderte Projekte nach Bundesländern in EUR)			
Bundesland	Anzahl	Umweltrelev. Invest. Volumen	Förderbarwert
<b>Summe</b>	1.750	717.707.256	181.822.826
Burgenland	58	28.112.680	5.748.282
Kärnten	158	70.353.700	19.314.373
Niederösterreich	499	168.333.017	41.405.057
Oberösterreich	353	157.472.989	50.487.652
Salzburg	112	41.203.496	10.110.480
Steiermark	366	133.128.911	32.135.994
Tirol	120	48.187.782	12.077.517
Vorarlberg	48	34.365.231	6.675.146
Wien	36	36.549.450	3.868.325
*Vorläufige Zahlen			
<b>Tab. 3 (Quelle: BMLFUW/Kommunalkredit Public Consulting 2006)</b>			

Eine Gliederung nach Anlagenarten zeigt, dass die 2005 vergebenen Förderungsmittel zu 88,9 % Abwasserentsorgungsprojekten und zu 11,1 % Wasserversorgungsprojekten zugute kamen. Genehmigt wurde die Förderung von 1.194 Projekten der Abwasserentsorgung mit einem Förderbarwert von EUR 161,6 Mio. und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von EUR 587,2 Mio. sowie von 556 Projekten der Wasserversorgung mit einem Förderbarwert von EUR 20,2 Mio. und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von EUR 130,5 Mio. Der durchschnittliche Fördersatz für kommunale Abwasserentsorgungsprojekte lag 2005 bei 27,5 % (2004 bei 26,4 %) und für Wasserversorgungsprojekte bei 15,5 % (2004 bei 15,6 %). Öffentliche Wasserversorgungsanlagen (WVA) werden generell mit einem Fördersatz von 15 % der umweltrelevanten Investitionskosten unterstützt, bei Einzelwasserversorgungsanlagen (PEWV) können sich auf Grund der Pauschalförderung der Anlagenteile auch höhere Fördersätze ergeben. Die Verteilung der Förderungen auf Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen nach Bundesländern zeigen Tabellen 4a und 4b.

<b>Kommunale Siedlungswasserwirtschaft 2005*</b> (Geförderte Projekte nach Bundesländern und Anlagenart in EUR)			
<b>Wasserversorgung 4a</b>			
Bundesland	Anzahl	Umweltrelev. Invest. Volumen	Förderbarwert
<b>Summe</b>	556	130.458.689	20.207.015
Burgenland	16	6.545.200	981.780
Kärnten	27	15.139.293	2.324.830
Niederösterreich	190	30.827.557	4.862.362
Oberösterreich	137	23.046.914	3.636.136
Salzburg	18	2.573.692	417.160
Steiermark	87	21.808.392	3.403.019
Tirol	46	15.279.165	2.295.955
Vorarlberg	17	7.298.926	1.094.839
Wien	18	7.939.550	1.190.934
<b>Abwasserentsorgung 4b</b>			
Bundesland	Anzahl	Umweltrelev. Invest. Volumen	Förderbarwert
<b>Summe</b>	1.194	587.248.567	161.615.811
Burgenland	42	21.567.480	4.766.502
Kärnten	131	55.214.407	16.989.543
Niederösterreich	309	137.505.460	36.542.695
Oberösterreich	216	134.426.075	46.851.516
Salzburg	94	38.629.804	9.693.320
Steiermark	279	111.320.519	28.732.975
Tirol	74	32.908.617	9.781.562
Vorarlberg	31	27.066.305	5.580.307
Wien	18	28.609.900	2.677.391
*Vorläufige Zahlen			

Tab. 4 (Quelle: BMLFUW/Kommunalkredit Public Consulting 2006)

Die 1.194 Abwasserentsorgungsprojekte teilen sich in 785 öffentliche Abwasserentsorgungsanlagen (ABA) und 409 Einzelanlagen (KABA + PKAB). Öffentliche Abwasserentsorgungsanlagen werden mit einem Fördersatz bezogen auf die förderungsfähigen Investitionskosten und zusätzlich mit Pauschalsätzen für errichtete Anlagenteile gefördert. Die 785 Projekte mit Investitionskosten von EUR 578,9 Mio. wurden mit einer Förderung von insgesamt EUR 159,6 Mio. unterstützt. Darin ist eine Förderung gemäß den Pauschalsätzen in der Höhe von EUR 37,7 Mio. enthalten, das entspricht 23,6 % der Förderung für diese Anlagen. Bei den öffentlichen Abwasserentsorgungsanlagen entfielen im Jahr 2005 81,6 % der Förderungsmittel auf Investitionsvorhaben mit Spitzenförderung (Fördersatz größer 8 % bis 50 %). Mit einem durchschnittlichen Fördersatz von 37,0 % (2004: 36,1 %) wurden hier 406 Abwasserentsorgungsanlagen mit einem Förderbarwert von EUR 130,3 Mio. und Investitionskosten von EUR 351,8 Mio. unterstützt. Sockelförderungen (Fördersatz 8 %) erhielten 379 Abwasserprojekte mit einem Förderbarwert von EUR 29,3 Mio. und einem Investitionsvolumen von EUR 227,1 Mio. Im Zeitraum 1993 bis 2005 wurden in der kommunalen Siedlungswasserwirtschaft insgesamt 19.470 Projekte mit einer Förderung in Höhe von EUR 3.705,2 Mio. und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von EUR 11.971,0 Mio. von der Kommission positiv begutachtet und vom Umweltminister genehmigt. Der durchschnittliche Fördersatz über alle Anlagenarten lag für den Zeitraum 1993 bis 2005 bei 31,0 %. Die Verteilung der genehmigten Förderungsmittel über den Zeitraum 1993 bis 2005 nach Bundesländern zeigt Tabelle 5.

<b>Kommunale Siedlungswasserwirtschaft 1993 bis 2005*</b> (Geförderte Projekte nach Bundesländern in EUR, bereinigt um Stornierungen und Kostenänderungen)			
Bundesland	Anzahl	Umweltrelev. Invest. Volumen	Förderbarwert
<b>Summe</b>	19.470	11.970.976.330	3.705.218.074
Burgenland	716	550.220.447	156.616.010
Kärnten	4.255	1.184.623.956	421.205.122
Niederösterreich	4.425	2.985.242.527	884.266.897
Oberösterreich	3.030	2.226.623.515	818.072.585
Salzburg	978	715.566.118	219.059.465
Steiermark	3.308	1.753.215.149	546.140.677
Tirol	1.441	1.033.261.385	351.261.223
Vorarlberg	766	591.855.645	164.404.901
Wien	551	930.367.589	144.191.194
*Vorläufige Zahlen			

Tab. 5 (Quelle: BMLFUW/Kommunalkredit Public Consulting 2006)

Eine Unterscheidung nach Anlagenarten weist für den Zeitraum 1993 bis 2005 14.043 Abwasserentsorgungsanlagen mit einem Förderbarwert von EUR 3.351,4 Mio. und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von EUR 10.058,7 Mio. sowie 5.427 Wasserversorgungsanlagen mit einem Förderbarwert von EUR 353,8 Mio. und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von EUR 1.912,3 Mio. aus.

## Betriebliche Abwassermaßnahmen

Im Jahr 2005 wurde vom Umweltminister die Förderung von 9 betrieblichen Abwassermaßnahmen (BAM) mit einem Förderbarwert von EUR 7,5 Mio. und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von EUR 54,7 Mio. genehmigt. Der durchschnittliche Fördersatz lag 2005 bei 13,7 % (2004 bei 24,4 %).

Im Zeitraum 1993 bis 2005 wurden für betriebliche Abwassermaßnahmen insgesamt 469 Projekte mit einer Förderung in Höhe von EUR 75,5 Mio. und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von EUR 398,5 Mio. von der Kommission befürwortet und vom Umweltminister genehmigt. Der durchschnittliche Fördersatz für betriebliche Abwassermaßnahmen lag in diesem Zeitraum bei 19,0 %.

## Forschungsförderung

Im Rahmen des Förderungsbudgets für die Siedlungswasserwirtschaft können gemäß § 21 und § 12(8) UFG Mittel für Forschung und Entwicklung sowie für Studien zur Verfügung gestellt werden. Die bereitgestellten Förderungsgelder sollen besonders zur Entwicklung kostenoptimaler Problemlösungen beitragen. Im Jahr 2005 wurden vom Umweltminister zwei Forschungsprojekte mit einem Förderbarwert von EUR 225.890,- und einem Forschungsvolumen von EUR 356.490,- finanziert. Seit 1995 werden Förderungsansuchen für Forschungsvorhaben in der Siedlungswasserwirtschaft vom Umweltminister genehmigt. Im Zeitraum 1995 bis 2005 wurden insgesamt 132 Projekte mit einem Förderbarwert in Höhe von EUR 11,4 Mio. und einem Forschungsvolumen von EUR 33,3 Mio. unterstützt. Der durchschnittliche Fördersatz lag bei 34,1 %.

## II / b / 3 Altlastensanierung

Im Jahr 2005 wurde vom Umweltminister die Förderung von 14 Projekten zur Altlastensanierung mit einem Förderbarwert von EUR 21,0 Mio. bei einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von EUR 26,5 Mio. genehmigt. Der durchschnittliche Fördersatz lag 2005 bei 79,1 % (2004 bei 83,5 %). Weiters wurden bei vier bereits zugesicherten Projekten Kostenerhöhungen mit einem Förderbarwert von EUR 4,0 Mio. und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von EUR 4,3 Mio. genehmigt. Die Verteilung der genehmigten Förderungsmittel nach der Art der Förderungsmaßnahme zeigt Tabelle 6.

<b>Altlastensanierung 2005*</b> (Geförderte Projekte nach Staaten in EUR)			
<b>Art der Maßnahme</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Umweltrelevantes Investitionsvolumen</b>	<b>Förderbarwert</b>
<b>Summe</b>	14	26.506.929	20.967.910
Sanierung/Sicherung	10	23.487.408	18.578.961
Forschung	4	3.019.522	2.388.949
*Vorläufige Zahlen			
<b>Tab. 6 (Quelle: BMLF/Kommunalkredit Public Consulting 2006)</b>			

Im Altlastenatlas des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft waren Ende 2005 insgesamt 232 Flächen, bei denen eine erhebliche Umweltgefährdung festgestellt wurde, als sicherungs- bzw. sanierungsbedürftige Altlasten ausgewiesen. Davon sind bereits 70 Altlasten als gesichert oder saniert vermerkt.

Bis Ende 2005 wurden für 131 Altlasten entweder für Vorleistungen, für die Durchführung der Sanierungs- bzw. Sicherungsmaßnahmen oder für laufende Sanierungs- bzw. Sicherungsmaßnahmen Förderungsmittel genehmigt. Im Zeitraum 1993 bis 2005 wurden insgesamt 158 Projekte (inkl. Forschungsprojekte und Studien) mit einer Förderung in Höhe von EUR 577,3 Mio. und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von EUR 788,4 Mio. von der Kommission positiv begutachtet und vom Umweltminister genehmigt. Der durchschnittliche Fördersatz für diesen Zeitraum liegt bei 73,2 %.

<b>Altlasten 1993 bis 2005*</b> (Geförderte Projekte in EUR, bereinigt um Stornierungen und Kostenänderungen)			
<b>Art der Maßnahme</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Umweltrelevantes Investitionsvolumen</b>	<b>Förderbarwert</b>
<b>Summe</b>	158	788.427.717	577.303.778
Sanierung/Sicherung	137	777.962.181	568.222.338
Forschung	21	10.465.535	9.081.439
*Vorläufige Zahlen			
<b>Tab. 7 (Quelle: BMLFUW/Kommunalkredit Public Consulting 2006)</b>			

Die Auszahlungen für Förderungen im Altlastenbereich betragen im Jahr 2005 EUR 55,2 Mio. Davon wurden im Auftrag des Umweltministeriums EUR 0,9 Mio. für die Sofortmaßnahmen bei der Fischer-Deponie in Niederösterreich aufgewendet. Im Zeitraum 1993 bis 2005 wurden insgesamt rund EUR 430,5 Mio. an Förderungsmitteln ausbezahlt.

## **II / c Aufgaben und Vertretungen des Österreichischen Gemeindebundes**

Die unten stehenden Vertretungen geben nur einen Überblick über einzelne ausgewählte Vertretungen des Österreichischen Gemeindebundes in Gremien, die aufgrund öffentlichen bzw. privaten Rechtes bestehen.

### **II / c / 1 Durch Gesetz oder oder andere hoheitliche Akte übertragene Aufgaben**

#### **Konsultationsgremium des Konsultationsmechanismus - Komitee im Sinne des Stabilitätspaktes**

Diesem gehört zufolge der Vereinbarung über den Konsultationsmechanismus vom 10.12.1996 zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden, welche im Jahr 1998 unterfertigt und mit BGBl. I Nr. 35/1999 verlautbart wurde, ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an.

#### **Finanzausgleichsverhandlungen**

Nach § 5 Abs. 2 FAG 1997 BGBl. 201/96 sind zur Teilnahme an den Finanzausgleichsverhandlungen für die Gemeinden deren Interessenvertretungen berechtigt, das sind der Österreichische Städtebund und der Österreichische Gemeindebund.

#### **Kommission betreffend Kinderbetreuungseinrichtungen**

Mit § 22 FAG 1997 BGBl. 201/96 wurde eine eigene Kommission betreffend Kinderbetreuungseinrichtungen eingerichtet. Dieser gehört ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes mit beratender Stimme an.

Mitglied: Bgm. Helmut Mödlhammer

Stellvertreter: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

#### **Ausschuss nach Art X des Familienpolitischen Beirates**

Dieser Ausschuss widmet sich technischen Angelegenheiten der Familienpolitik wie Kinderbetreuung, Tagesmütter etc.

Mitglied: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

#### **Rat für Fragen der Österreichischen Integrationspolitik**

Dieser wurde mit dem Bundesgesetz über die Errichtung eines Rates für Fragen der Österreichischen Integrationspolitik eingesetzt und gehört dem Rat gemäß § 1 Abs. 2 Z 5 ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an.

Mitglied: VPräs. Bgm. Walter Zipmer

Ersatzmitglied: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

#### **Arbeitsgruppe für Integrationsfragen**

Nach § 2 Abs. 2 der Verordnung betreffend die Einsetzung und Geschäftsordnung der Arbeitsgruppe für Integrationsfragen hat diese ihre Aufgaben in ständigem Kontakt mit dem Österreichischen Gemeindebund wahrzunehmen.

### **Datenschutzrat**

§ 43 Datenschutzgesetz BGBl. 565/78 bestimmt, dass dem Datenschutzrat ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes angehört.

Mitglied: Bgm. Dr. Peter Brandauer

### **Kunstförderungsbeirat**

Dem nach dem Kunstförderungsgesetz gebildeten Beirat gehört ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an.

Mitglied: Mag. Nicolaus Drimmel

### **Kommission zur Kontrolle der Bezüge von öffentlich Bediensteten**

Art. 59 b Abs. 1 B-VG sieht die Errichtung einer Kommission zur Kontrolle der Bezüge öffentlicher Bediensteter, die zu Mitgliedern des Nationalrates oder des Bundesrates gewählt wurden vor. Ein Mitglied dieser Kommission ist ein Vertreter der Gemeinden aufgrund des Vorschlages des Österreichischen Gemeindebundes.

Vertreter: LT-Präs. a.D. Bgm. a.D. Dipl.Vw. Siegfried Gasser

### **Österreichischer Rat für Freiwilligenarbeit**

Der Österreichischer Rat für Freiwilligenarbeit hat gemäß Ministerratsbeschluss vom 17. 06. 2003 einerseits die Funktion einer Interessensvertretung der Freiwilligen und der Freiwilligenorganisationen und andererseits eine Beratungsfunktion gegenüber der österreichischen Bundesregierung.

Delegierter: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

### **Bundesseniorenbeirat**

Beim Bundeskanzleramt ist ein Bundesseniorenbeirat als Gesprächsforum für die politischen Entscheidungsträger und den Vertretern der Senioren eingesetzt. Nach § 3 der Verordnung über die Einsetzung eines Bundesseniorenbeirates sind drei Mitglieder auf gemeinsamen Vorschlag des Österreichischen Städtebundes und des österreichischen Gemeindebundes zu bestellen.

Delegierter: Präs. NR a.D. Bgm. Hermann Kröll

Stellvertreter: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

### **Kommission in Angelegenheiten der Siedlungswasserwirtschaft**

Im § 22 Umweltförderungsgesetz wird bestimmt, dass der Kommission in Angelegenheiten der Siedlungswasserwirtschaft ein Vertreter aufgrund Vorschlages des Österreichischen Gemeindebundes angehört. In der Kommission für Angelegenheiten der Siedlungswasserwirtschaft ist der Österreichische Gemeindebund wie folgt vertreten:

Hauptmitglied: Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer

Ersatzmitglied: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

### **Gemeinsamer Arbeitskreis nach dem UFG**

Ein gemeinsamer Arbeitskreis des Bundes und der Länder für die Förderungsangelegenheiten der Siedlungswasserwirtschaft wurde eingerichtet. Diesem gemeinsamen Arbeitskreis gehört nach § 22 a Umweltförderungsgesetz ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an.

Mitglied: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

Ersatzmitglied: Mag. Nicolaus Drimmel

### **Altlastensanierungskommission**

Gemäß § 34 Umweltförderungsgesetz gehört der Altlastensanierungskommission ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an.

Mitglied: Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer

Ersatzmitglied: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

### **Beirat zur Missbrauchsaufsicht gem. § 34 AWG 2002**

Die zitierte Bestimmung sieht die Einrichtung eines Beirates vor, welcher den Bundesminister bei der Bestellung eines Expertengremiums gemäß § 33 AWG 2002, BGBl. I Nr. 102/2002 und bei Maßnahmen (Aufsichtsmittel) im Rahmen der Missbrauchsaufsicht über haushaltsnahe Sammel- und Verwertungssysteme beraten soll.

Mitglied: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

Ersatzmitglied: Mag. Nicolaus Drimmel

### **Verpackungskommission**

Der mit der neuen Verpackungsverordnung BGBl. 648/1996, welche mit 1. Dezember 1996 in Kraft trat gehört ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an.

GS vortr. HR Dr. Robert Hink

### **Bundesabfallwirtschaftsplan § 8 AWG 2002**

Zur Verwirklichung der Ziele und Grundsätze des Abfallwirtschaftsgesetzes, AWG 2002, BGBl. I Nr. 102/2002 hat der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft einen Bundes-Abfallwirtschaftsplan zu veröffentlichen. Die Publikation hat nach Anhörung des Österreichischen Gemeindebundes zu erfolgen.

### **Umweltrat**

Dem Umweltrat gehört nach § 26 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz ein Vertreter des Gemeindebundes an. Der Umweltrat ist als begleitendes Gremium des UVP-Gesetzes Ende des Jahres 1994 eingerichtet worden.

Mitglied: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

Stellvertreter: Mag. Nicolaus Drimmel

### **Elektrizitätsbeirat**

Gem. § 49 des ElWOG (Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz) BGBl. I Nr. 143/1998 entsendet der Österreichische Gemeindebund ein Mitglied in den Elektrizitätsbeirat.

Mitglied: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

Stellvertreter: Mag. Nicolaus Drimmel

### **Erdgasbeirat**

Gem. § 26a Abs. 4 des Energie-Regulierungsbehördengesetzes (E-RBG), BGBl. I Nr. 148/2002 entsendet der Österreichische Gemeindebund ein Mitglied in den Erdgasbeirat.

Mitglied: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

Stellvertreter: Mag. Nicolaus Drimmel

### **Strukturkommission - Krankenanstaltenwesen**

Durch die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung (ab 1.1.1997) wurde neben neun Landeskommissionen auf Bundesebene eine Strukturkommission eingerichtet. Dieser Bundeskommission gehört ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an.

Mitglied: Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer

### **Verordnung - Festlegung der Bewilligungen nach dem Aufenthaltsgesetz**

§ 2 Abs. 4 Aufenthaltsgesetz legt fest, dass vor Erlassung einer Verordnung der Österreichische Gemeindebund zu hören ist.

### **Asylbeirat nach § 13 Abs. 3 Bundesbetreuungsgesetz**

Der beim Bundesministerium für Inneres eingerichtete Asylbeirat besteht aus 22 Mitgliedern, die ihre Funktion ehrenamtlich ausüben. Die Mitglieder des Asylbeirates werden vom Bundesminister für Inneres für eine Funktionsdauer von 5 Jahren bestellt und zwar je eines über Vorschlag des Österreichischen Gemeindebundes.

Mitglied: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

Ersatzmitglied: Mag. Nicolaus Drimmel

### **Staatsschuldenausschuss**

Mitglied: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

Ersatzmitglied: Dietmar Pilz

### **Statistische Zentralkommission und deren Fachbeiräte:**

Nach dem Bundesstatistikgesetz 2000 gehört der Statistischen Zentralkommission ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an. Die nach derselben Bestimmung für einzelne Fachgebiete einzurichtenden Fachbeiräte sind aus fachlich beteiligten Mitgliedern der Statistischen Zentralkommission und sonstigen Fachleuten zu bilden. Gem. § 3 Abs. 4 und 65 Abs. 2 Bundesstatistikgesetz 2000 gilt die Verordnung betreffend Statistik - Zentralkommission und Fachbeiräte (BGBl. 31/1966) weiter. § 1 Abs. 2 der Verordnung bestimmt die Mitgliedschaft des Österreichischen Gemeindebundes.

### **Statistische Zentralkommission**

Mitglied: Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer

Ersatzmitglied: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

### **Fachbeiräte:**

Statistik des Fremdenverkehrs, Organisationsfragen

GS vortr. HR Dr. Robert Hink

Bevölkerungsstatistik, Straßenverkehrssicherheit, Justiz- und Kriminalstatistik, Energiestatistik

Mag. Nicolaus Drimmel

Agrarstatistik

LAbg. Bgm. Johann Hingsamer

Finanzstatistik, Produktions- und Dienstleistungsstatistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Dietmar Pilz

Verkehrsstatistik, ausgenommen Fremdenverkehr

Präs. Bgm. Bernd Vögerle

Sozialstatistik

Mag. Ewald Buschenreiter

### **Statistikrat**

Aufgrund § 44 des Bundesstatistikgesetzes 2000, BGBl. I Nr. 163/1999, steht dem Österreichischen Gemeindebund seit Beginn des Jahres 2000 ein Sitz im Statistikrat zu.

Mitglied: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

### **Wanderungsstatistik**

§ 4 Abs. 2 Wanderungsstatistik-Verordnung, BGBl 152/95 bestimmt: Die automationsunterstützt verarbeiteten Meldedaten können entweder. Sie haben in einem vom ÖSTAT mit dem Österreichischen Gemeindebund ... festgelegten einheitlichen Satzaufbau zu folgen...

### **Sozial- und Gesundheitsforum Österreich**

§ 441 d ASVG, BGBl 152/95 bestimmt in Abs. 1:

Zur Beratung der Geschäftsführung, des Verwaltungsrates und des Bundesministers für soziale Sicherheit und Generationen wird das "Sozial- und Gesundheitsforum Österreich" eingerichtet, dessen Mitglieder vom Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen nach Abs. 2 auf vier Jahre bestellt werden. Laut Abs. 2 hat der Österreichische Gemeindebund ein Mitglied vorzuschlagen.

Mitglied: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

## **II / c / 2 Vertretung des Österreichischen Gemeindebundes in anderen Gremien**

### **Arbeitsring für Lärmbekämpfung**

Dieser ist bei der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit angesiedelt und hat neben rechtlichen Fragen auch den Erfahrungsaustausch zwischen Institutionen zur Aufgabe.

Vertreter: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

### **Expertenkonferenz der beamteten Personalreferenten**

Diesem Gremium gehört neben den entsprechenden Referenten des Bundes und der Länder auch ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an.

Mitglied: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

### **Beirat über die Gleichwertigkeit der Pensionssysteme**

Der 1993 beim Bundeskanzleramt konstituierte Beirat für die Gleichwertigkeit der Pensionssysteme ist für die Festlegung des Pensionssicherungsbeitrages zuständig und wird mit einem Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes beschiedt.

Mitglied: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

### **Beirat für öffentliche Großbauten und Infrastruktur**

In dem im April 1994 beim Bundeskanzleramt konstituierten Beirat ist ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes. Der Beirat hat die Aufgabe, Initiativen zur Beschleunigung von Bau- und Infrastrukturprojekten im Bereich der Gebietskörperschaften zu setzen.

Vertreter: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

### **Österreichische Kommunkredit AG**

Bei der Österreichischen Kommunal Kredit AG ist der Österreichische Gemeindebund im Beirat vertreten und führt in diesem alternierend mit dem Österreichischen Städtebund den Vorsitz.

Mitglieder: Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer, VPräs. Bgm. Bernd Vögerle, GS vortr. HR Dr. Robert Hink

### **Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen**

Der Österreichische Gemeindebund gehört dem Leitungsausschuss der Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen an.

Vertreter: Mag. Nicolaus Drimmel

### **Österreichischer Sparkassenverband**

Der Österreichische Gemeindebund ist laut neuem Statut des Sparkassenverbandes dessen a.o. Mitglied, er gehört sowohl dem 1997 neu konstituierten Ausschuss des Sparkassenverbandes als auch dem Kommunalpolitischen Ausschuss an.

Ausschuss des Verbandes

Vertreter: Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer, VPräs. Bgm. Bernd Vögerle, GS vortr. HR Dr. Robert Hink

Kommunalpolitischer Ausschuss im Sparkassenverband:

Vertreter: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

Ersatz: Präs. Bgm. Bernd Vögerle

### **Kuratorium des Österreichischen Fremdenverkehrs**

Dies ist ein Koordinierungsforum für den Fremdenverkehr in Österreich unter Beteiligung des Bundes, der Bundesländer, der Gemeinden, der Fremdenverkehrswirtschaft sowie der großen Interessenvertretungen.

Vorsitzender: Präs. Bgm. Hermann Kröll

Vertreter: GS vortr. HR Dr. Robert Hink

### **Österreichische Raumordnungskonferenz**

Der Österreichischen Raumordnungskonferenz gehören auf politischer Ebene der Bundeskanzler, alle Bundesminister, alle Landeshauptleute, sowie die Präsidenten des Städtebundes und des Gemeindebundes an. Auf beamteter Ebene ist das oberste Gremium die Stellvertreterkommission, die sich aus den Sektionsleitern, Landesamtsdirektoren und den Generalsekretären zusammensetzt.

In den Unterausschüssen sowie Arbeitsgruppen ist der Österreichische Gemeindebund ebenfalls vertreten.

Vertreter in der Stellvertreterkommission:

GS vortr. HR Dr. Robert Hink, Direktor Mag. Ewald Buschenreiter

Vertreter im Ständigen Unterausschuss:  
GS votr. HR Dr. Robert Hink

Vertreter im Unterausschuss Regionalwirtschaft:  
GS votr. HR Dr. Robert Hink

### **Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband**

Dem Hauptausschuss sowie den Fachgruppen gehören, soweit kommunale Interessen betroffen sind, Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes sowie Vertreter von Gemeindeverbänden an.

Präsidiumsmitglied als Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes:  
Obm. Bgm. Franz Hubinger, 2620 Wartmannstetten

Präsidiumsmitglied und Vorsitzender der ARGE Wasserversorgungs-, Abwasser- und Abfallw. Verbände:  
Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl

Präsidiumsmitglied und Vorsitzender der ARGE Hochwasserschutz:  
Präs. Bgm. Dipl.Vw. Hubert Rauch

### **Österreichisches Institut für Bautechnik**

Dieses Institut ist ein von den Bundesländern getragener Verein, der seine Aufgaben in der Erarbeitung von Vorschlägen zur Harmonisierung der technischen Bauvorschriften sowie der Koordinierung des Bauprodukten- und Baurechtes in Österreich sieht. Es unterhält ein Kontaktforum, in dem der Österreichische Gemeindebund wie folgt vertreten ist:

Mitglied: Mag. Nicolaus Drimmel

### **Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau**

Dem Kuratorium gehört neben zahlreichen Vertretern der Ministerien auch ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an.

Mitglied: GS votr. HR Dr. Robert Hink

### **Verband der Österreichischen Hypothekbanken**

Der Österreichische Gemeindebund gehört der Vollversammlung des Verbandes der Österreichischen Landeshypothekbanken an.

ao. Mitglied: GS votr. HR Dr. Robert Hink

### **Verein zur Verleihung des Zertifikates eines Entsorgungsfachbetriebes (VEFB)**

Der Verein ist privatrechtlich organisiert, der das Ziel verfolgt, einen auf freiwilliger Basis bekannten hervorragenden Qualitätsstandard der österreichischen Abfall- und Entsorgungswirtschaft zu erhalten. Der Österreichische Gemeindebund ist im VEFB-Beirat vertreten durch Mag. Nicolaus Drimmel.

### **Voranschlags- und Rechnungsabschluss - Komitee (VR)**

Komitee entsprechend dem VR-Übereinkommen von Heiligenblut vom 28. Juni 1974:

Mitglied: GS votr. HR Dr. Robert Hink

**Beirat des Österreichischen Umweltzeichens**

Dieser Beirat wurde beim Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft im Jahr 2001 im November 2001 erneuert und, im November 2004 wurden die Mitglieder des Beirates neu bestellt. Der Österreichische Gemeindebund entsendet ein Mitglied und einen Stellvertreter.

Mitglied: GS votr.HR Dr. Robert Hink

Stellvertreter: Mag. Nicolaus Drimmel

**Österr. Verwaltungswissenschaftliche Gesellschaft**

Mitglied: GS votr.HR Dr. Robert Hink

## **EU und Internationales**

### **III Internationale Schwerpunkte im Jahr 2005**

Das Jahr 2005 zählte auf der Ebene der EU nicht gerade zu den Glücklichen. Durch das Scheitern der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden gelangte der Verfassungsprozess, der im Jahr 2002 mit so viel Elan begonnen hatte, zum Stillstand. Bis zum Ende des Jahres kam er, trotz bemerkenswerter Initiativen von Seiten des Europäischen Parlaments und des Ausschusses der Regionen nicht mehr in Schwung, eine gewisse Resignation machte sich breit.

Es wird daher an der österreichischen Ratspräsidentschaft liegen, den Verfassungsprozess in der ersten Jahreshälfte neu zu beleben bzw. Schlüsse aus der Reflexionsphase zu ziehen.

Eine weitere Enttäuschung brachte die neue EU-Kommission, von der man den Eindruck hat, dass sie sich in ihrem ersten Jahr nicht richtig profilieren konnte. Im Gegensatz zu vorhergehenden Kommissionen fehlt es an starken Persönlichkeiten, lediglich Regionalkommissarin Hübner, Industriekommissar Verheugen und Energiekommissar Piebalgs scheint es gelungen zu sein, sich in ihre Ressorts einzuarbeiten und Akzente zu setzen.

Der EuGH nahm im Jahr 2005 wieder eine bedeutende Rolle im institutionellen Gefüge ein. Mit mehreren Urteilen im Bereich des Vergaberechts trug der Gerichtshof zu einer weiteren Auslegung dieses Rechtsbereiches bei, wobei er sich stets strikt am Binnenmarkts- und Wettbewerbsrecht sowie an den allgemeinen Grundsätzen des EG-V orientierte. Für die Kommunen ist diese Auslegungspraxis äußerst negativ zu bewerten, da die kommunalen Rechte vergaberechtlich nur unzureichend abgesichert sind.

Diese negative Grundstimmung sollte jedoch dazu genutzt werden, die Stärke der in Europa vertretenen Kommunalverbände zu erkennen und in wichtigen Bereichen gemeinsam vorzugehen. Die Kommission ist durchaus bereit, auf die Probleme der Kommunen einzugehen und diese zu berücksichtigen – Grundvoraussetzung dafür ist aber, ihr diese rechtzeitig darzustellen.

Beispiele für die effektive Zusammenarbeit der Kommunen auf internationaler Ebene setzte der Österreichische Gemeindebund auch im Berichtsjahr 2005, indem die Kooperation mit dem deutschen Städte- und Gemeindebund und das erfolgreiche ICNW – Projekt zum Austausch von kommunalem Wissen für ländliche Gemeinden fortgesetzt werden konnte.

#### **III / a / 1 Ausschuss der Regionen**

Im Ausschuss der Regionen waren im Berichtszeitraum im Vergleich zum Vorjahr keine wesentlichen Änderungen zu konstatieren. Bis Ende des Jahres stellte der

Österreichische Gemeindebund dieselben Mitglieder wie bereits im Jahr 2004, ab Februar 2006 wird sich die Verteilung der kommunalen Mandate wieder zugunsten des Städtebundes ändern.

Im Berichtszeitraum fanden fünf Plenartagungen und 20 Sitzungen der Fachkommissionen, in denen der Gemeindebund einen Vertreter stellt, statt. Der Österreichische Gemeindebund ist nicht nur im Plenum, sondern mit Präsident Vögerle und Präs. Zimper in jeweils zwei Fachkommissionen vertreten:

Für die Fachkommission nachhaltige Entwicklung (FK DEVE), die so bedeutende Fragen wie die Zukunft der ländlichen Entwicklung, das Aktionsprogramm für ökologische Lebensmittel oder den europaweiten Katastrophenschutz behandelt, ist der Österreichische Gemeindebund innerhalb der österreichischen Delegation Berichterstatter.

Im Juni 2005 wurde Vizepräsident Bernd Vögerle von der FK DEVE zum Berichterstatter für das Energieeffizienz-Grünbuch ernannt. Die Stellungnahme wurde im Dezember in der Fachkommission angenommen. Die Verabschiedung im Plenum erfolgte im Februarplenum 2006.

### **III / a / 2 RGRE**

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas ist der größte europäische Dachverband, der sich der Stärkung kommunaler und regionaler Rechte verschrieben hat. Ihm gehören nationale Städte-, Gemeinde- und Regionalverbände aus über 30 europäischen Staaten an. Aufgrund seiner Geschichte – der RGRE wurde 1951 von Bürgermeistern mehrerer europäischer Kommunen gegründet – wird er auch gerne „Europäischer Städte- und Gemeindebund“ genannt.

Das Brüsseler Büro des Gemeindebundes arbeitet mit dem Brüsseler RGRE-Büro zusammen und garantiert insbesondere die Teilnahme an Sitzungen der RGRE-Arbeitsgruppen. Diese Sitzungen dienen zur Vorbereitung der wichtigen Lobbyarbeit gegenüber der Europäischen Kommission und gegenüber dem EU-Parlament, weshalb überlegt werden sollte, ob der Gemeindebund sich in bestimmten Bereichen nicht stärker in diese Arbeit einbringen will. Von Interesse könnten insbesondere die Arbeitsgruppen zum öffentlichen Auftragswesen, zur Umweltpolitik oder das Netzwerk Energie sein.

Mitte Dezember fand auf Einladung von RGRE-Präsident Häupl in Wien der RGRE-Hauptausschuss statt. Diese Sitzung diente der Festlegung der Prioritäten für das nächste Jahr, der Gemeindebund war durch Prof. Walter Zimper vertreten.

### **III / a / 3 KGRE**

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas bildet die vierte Säule des Europarates und ist das beratende Gremium des Europarates in Fragen lokaler und regionaler Selbstverwaltung.

Der KGRE setzt sich aus 313 regionalen und lokalen Vertretern aus den 46 Mitgliedstaaten des Europarates zusammen.

Der Österreichische Gemeindebund ist im KGRE durch Vizepräsident Walter Zimper vertreten, der sowohl Vollmitglied in der Plenarversammlung als auch Mitglied des ständigen Ausschusses und der Kammer der lokalen Gebietskörperschaften ist. Die von Seiten des Österreichischen Gemeindebundes

nominierten Stellvertreter sind Präsident Helmut Mödlhammer und Präsident Bernd Vögerle.

An der Plenarversammlung Anfang November nahm Bgm. Bernd Vögerle in Vertretung von Prof. Walter Zimperl teil.

### **III / b / 1 Büro Brüssel**

Im Bereich des **Lobbying** konzentrierte sich das Büro Brüssel im Berichtszeitraum auf die ELER-Verordnung zur Politik des ländlichen Raums. Hier wurden - gemeinsam mit dem RGR - Gespräche mit der Berichterstatterin im Europäischen Parlament geführt, sowie Änderungsanträge im REGI-Ausschuss eingebracht.

Auch im Hinblick auf die Dienstleistungsrichtlinie schloss sich der Gemeindebund den Aktivitäten des RGR an. Um den Abstimmungsempfehlungen des RGR, die sich insbesondere auf die Ausnahme der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse vom Anwendungsbereich dieser Richtlinie bezogen mehr Gewicht zu verleihen, formulierten die beiden österreichischen Kommunalverbände ein gemeinsames Schreiben an die im Binnenmarktausschuss tätigen österreichischen Abgeordneten.

**Anfragen** von Gemeinden, die direkt an das Büro Brüssel gingen, drehten sich vor allem um Gemeindepartnerschaften, Kontakt bestand zu den Gemeinden Ungenach, Groß Siegharts, St. Stefan/Stainz und Bad Schallerbach.

Weiters wurden informelle Anfragen von Gemeinden, Funktionären oder den Landesverbänden zu folgenden Themen beantwortet: Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr, Vergaberecht – Inhouse-Vergabe, E-Government, EU-Förderpolitik.

Im Berichtsjahr wurden elf **Besucherguppen** aus Österreich von der Vertretung des Österreichischen Gemeindebundes in Brüssel aufgenommen. Dabei handelte es sich sowohl um Gruppen, die ihre Reise in Zusammenarbeit mit dem Brüssel-Büro des Österreichischen Gemeindebunds organisierten, als auch um Gruppen anderer Einrichtungen, die sich für die Arbeit des Gemeindebundes interessierten.

Für die Gruppen des Gemeindebundes, die 2/3 der Besuche ausmachten, wurde ein individuelles Programm bei den Europäischen Institutionen und in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU vorbereitet.

Im Rahmen dieser Besuche konnten sich die Gruppen ein gutes Bild vom Geschehen vor Ort machen und im Gespräch mit in Brüssel ansässigen Österreichern Einblicke in die Funktionsweise der EU-Institutionen erhalten. Insbesondere das Zusammentreffen mit den österreichischen Europaabgeordneten, mit dem Leiter der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU, Botschafter Dr. Gregor Woschnagg, oder mit hochrangigen Vertretern der EU-Kommission, wurden positiv aufgenommen.

### **III / b / 2 Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund**

Die Zusammenarbeit zwischen den Brüsseler Büros des Österreichischen Gemeindebundes und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes wurde im Berichtszeitraum intensiv fortgesetzt, die inhaltlichen Schwerpunkte bezogen sich im Jahr 2005 vor allem auf die Themen nachhaltiger Tourismus und Vergaberecht.

Im Jahr 2005 wurde auch wieder ein gemeinsamer Europatag der beiden Verbände abgehalten. Dieser tagte am 4. und 5. April auf Einladung des DStGB in Nürnberg. Der Österreichische Gemeindebund war durch Mitglieder des Präsidiums und des Europaausschusses sowie durch das Generalsekretariat vertreten.

In Fortsetzung der guten Zusammenarbeit nahm die Leiterin des Brüsseler Büros Anfang Dezember auch an der Sitzung des DStGB-Europaausschusses in Bonn teil.

### III / c ICNW

Das internationale kommunale Netzwerk für ländliche Gemeinden, das der Österreichische Gemeindebund schon im Jahr 2004 ins Leben gerufen hat, wurde auch im Jahr 2005 konsequent fortgesetzt. Das ICNW ist ein INTERREG-III C (East) – Projekt, das sich zum Ziel gesetzt, zur Stärkung der kleinen und ländlichen Gemeinden zu wirken. Dies vor allem in den EU-Kandidatenländern der ersten und der zweiten Beitrittswelle. Über das Netzwerk, an dem zahlreiche Gemeindeverbände der EU-Staaten sowie der Beitrittskandidaten teilnehmen, können knapp 10.000 Gemeinden bzw. über 100 Mio. Einwohner in den EU-Ländern und den Kandidatenländern erreicht werden. Neben der EU-Förderung erhält das Projekt maßgebliche finanzielle Unterstützung aus Österreich, seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit sowie von den Bundesländern Kärnten, Niederösterreich und Steiermark.



Im Jahr 2005 konnten 15 Zusammenkünften des Netzwerkes abgehalten werden. Überproportional viele davon, nämlich drei Expertenaustauschprogramme und eine internationale Konferenz wurden in Österreich abgehalten. Das Netzwerk kommuniziert aber auch durch eine eigene Intranetschiene, in dem die Best-Practice-Beispiele nach den inhaltlichen Schwerpunkten „Strategische Planung und Raumordnung“, „Kommunale Infrastruktur“ sowie „Gemeinden und KMU“ geordnet und gesammelt werden. Insgesamt wurden über das ICNW bis Ende 2005 102 Best-Practice Beispiele gesammelt und präsentiert. Über weitere 43 Exkursionen, etwa zu Verbrennungsanlagen, Business Parks, u.v.a. können Informationen abgerufen werden.

Beim ICNW handelt es sich um ein Projekt des Wissensaustausches. Als Instrumente dazu stehen dem ICNW die Veranstaltung regionaler Workshops mit persönlichen Kontakten lokaler Entscheidungsträger zu Experten, aber auch das Internet-Portal [www.icnw.org](http://www.icnw.org) mit einem Knowledge-Management zur Verfügung.

Höhepunkt des Jahres war die internationale Konferenz, die das Netzwerk in Velden am Wörthersee organisiert hatte. Ziel dieser am 30. September 2005

abgehaltenen Veranstaltung mit knapp hundert Teilnehmern war es, strategische Entwicklungen von ländlichen Gemeinden und die Raumplanung ländlicher Regionen im internationalen Vergleich zu erörtern und dabei die Herausforderungen für die Zukunft darzustellen. Auf Basis von insgesamt 17 Fachbeiträgen der insgesamt 21 ICNW Projektpartner konnte den Teilnehmern der Konferenz ein breit gefächertes Spektrum an kommunaler Praxis aus 13 verschiedenen Europäischen Ländern geboten werden.



Ein großes internationales Forum war zur ersten Internationalen Konferenz des ICNW in Velden gekommen

Die interessanten internationalen Aspekte wurden durch Experten aus den Raumordnungs- und Planungsabteilungen der Länder Kärnten und Niederösterreich auf eine gemeinsame Basis gebracht. Gemeinsamer Tenor der Experten war es, dass für die Gemeinden mit einer vorausschauenden und klugen Planung im Sinne der österreichischen Planungstradition große wirtschaftliche Potenziale erschlossen werden können, die die Lebensqualität und die Wirtschaft in der Region sichern. Die Fachleute trugen durch Ihre Expertise und Diskussionsleitung zu einer hohen Qualität der Veranstaltung bei.

Schon am Vortag der Konferenz gaben der Kärntner Landesrat Ing. Reinhart Rohr und Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer eine Pressekonferenz. Präsident Mödlhammer betonte dabei, dass die Frage einer nachhaltigen Planung in allen europäischen Ländern virulent sei, wobei den Gemeinden die Schlüsselaufgabe zukomme. Raumplanung, so Mödlhammer, müsse auf Stärken und Schwächen der lokalen Ebene und der Region eingehen können, außerdem müsse in einzelnen Ländern erst die Schaffung von Einrichtungen und Strukturen erfolgen, welche erst die Voraussetzung für eine solche Planung darstellen.

In Österreich hat es schon in den 70er Jahren Bestrebungen gegeben, durch eine koordinierte Raumordnung die Prinzipien der „nachhaltigen Entwicklung“ umzusetzen.

Mödlhammer betonte weiter, dass das Bemühen einer strategischen Planung nunmehr in West und Ost sehr groß sei. Vor allem im ländlichen Raum stecken auch gewaltige Sparansätze, aber auch umweltrelevante Potenziale wie etwa das Kyoto – Ziel oder die Energieeffizienz gehören dazu.

Die Konferenz beinhaltete vor allem Fachbeiträge, die auf die ländlichen Regionen abzielten. Von besonderem Interesse waren die Referate des Kärntner Vertreters und des Südtiroler Partners, da diese sehr praxisnah über ein strukturiertes und strenges Flächenmanagement berichteten.

Weitere Beiträge beinhalteten Entwicklungsstrategien und Raumplanung in Bulgarien, in Lettland, in Ungarn und in Polen, sowie konkrete Erfahrungen der Planung in einzelnen Gemeinden oder Verbänden, unter den letzteren befanden sich die Partner aus der Slowakei, Kroatien, Slowenien und Griechenland. Ein allgemeines programmatisches Referat über kommunales Flächenressourcenmanagement kam aus Deutschland.

Es wurden aber sehr wohl auch städtische Probleme oder typische Situationen von Umlandgemeinden von rumänischen, katalonischen und griechischen Partnern in der Konferenz behandelt, denn der Schlüssel zur Lösung der Probleme der Agglomerationen liegt zumindest zum Teil auch im ländlichen Raum.

Der große Erfolg der „internationalen Konferenz“ ist nicht nur auf die Professionalität der Projektpartner in Bezug auf die präsentierten Fachbeiträge zurückzuführen, sondern auch auf deren Engagement im Zuge der stimmungsvollen Gestaltung des Rahmenprogramms am Vorabend.

So wurde gemeinsam bereits am Nachmittag des 29. Septembers emsig an den Vorbereitungen des so genannten „internationalen Abends“ gearbeitet. Die Räumlichkeiten des Veranstaltungsgebäudes Cap Wörth in Velden wurden von den Bürgermeister der ICNW Projektpartner mit Informationsständen und internationalen Schmankerln gestaltet. Poster, Broschüren, Videos, Bücher, Informationsmaterial über aktuelle Projekte wurden ausgestellt, untereinander ausgetauscht sowie den Kärntner Bürgermeistern und den Vertretern von Österreichischen Landesregierungen präsentiert. Um das bereits bunte Angebot zu intensivieren wurde von den ICNW Partnern jeweils ein Stand mit traditionellen Speisen und Getränken der jeweiligen Region bzw. des jeweiligen Landes gestaltet, als Zeichen dafür, dass es die Gemeinden sind, welche sich für Lebensqualität in der Region und die Bürgerzufriedenheit nachhaltig einsetzen. Auch die Kärntner Bauern hatten die Möglichkeit die Gastgeberregion zu präsentieren.

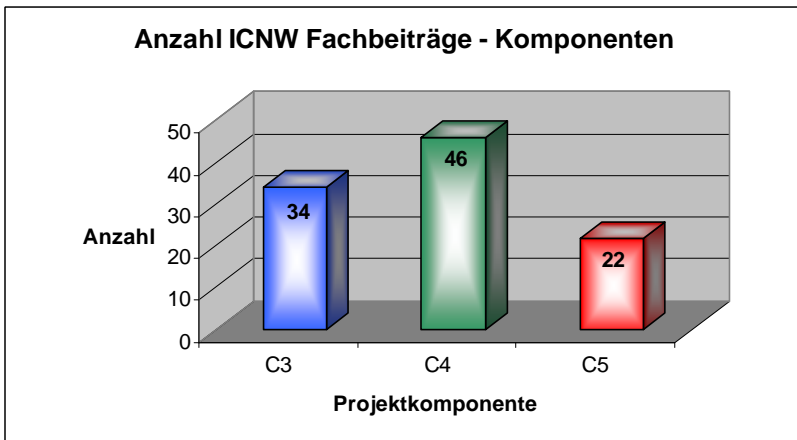
Das Abendprogramm bot den internationalen Gästen und den österreichischen Repräsentanten einen bunten Rahmen zum gegenseitigen Kennen lernen, Informationsaustausch und der Knüpfung von Kontakten.

Neben dem Lob für die erfolgreichen Statistiken wurde daher in den Koordinationssitzungen vor allem Augenmerk auf die künftige intensivere Nutzung des ICNW als Wissensbasis gelegt. Die Ausweitung des Knowledge-Managements des ICNW auf einen größeren Kreis der Anwender muss ein nachhaltiges Anliegen sein. Ein Pilotprojekt zur Ausweitung des Kreises der Zugangsberechtigten für dieses Instrument soll im Jahr 2006 gestartet werden.

Zahlen und Fakten des ICNW (Auszug aus dem Leistungsbericht des ICNW:

- 86 ICNW Web User (alle Projektpartner, die hauptsächlich Gemeindeverbände sind, der Österreichischer Gemeindebund als Lead-Partner samt Netz-Koordinierung sowie die Hauptfinanziers)
- Sammlung von umfangreichen ICNW Know How, das den speziellen Qualitätsanforderungen des ICNW und einem besonderen Template bzw. der notwendigen Übersetzung gerecht wird: 17 Exemplare
- Vorstellung von 40 anderen Netzwerken, die für ICNW-Partner von Interesse sein können (Grunddaten der Projektpartner/User bzw. Sammlung von empfohlenen Einrichtungen für KMU)
- Gesamtanzahl der gesammelten Knowledge-Objekte: 194
- Im Rahmen der insgesamt 20 umgesetzten ICNW Veranstaltungen (April 2004 bis Oktober 2005) wurden von involvierten Experten 102 Präsentationen bzw. Fachbeiträge und 43 Fachexkursionen abgehalten.

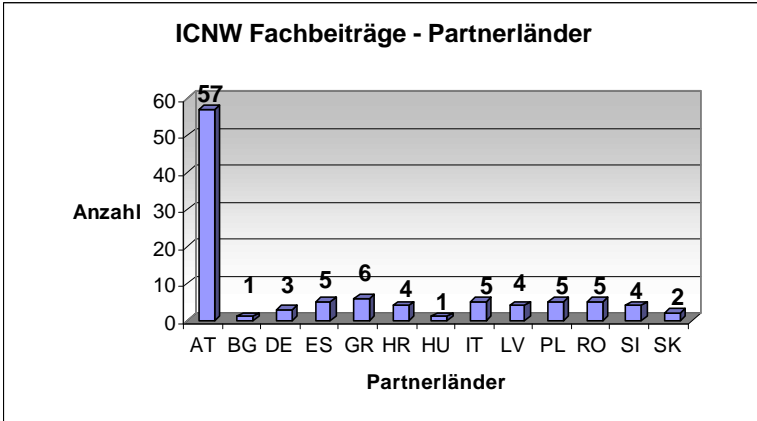
Die Fachbeiträge sind wie folgt auf die 3 ICNW Projektkomponenten aufgeteilt:



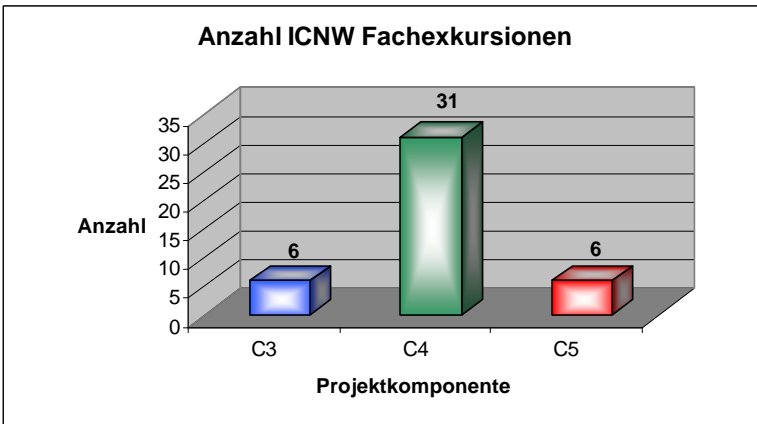
Legende: C3: Raumordnung/Entwicklungsstrategien; C4: Infrastruktur; C5: KMUs/Wirtschaft & Gemeinde

Es kann mit Freude festgestellt werden, dass in allen Bereichen des ICNW besonders die österreichischen Beispiele nicht nur wegen der besonderen Nachfrage unserer Partner aus den Mittel- und Osteuropäischen Ländern, sondern auch wegen deren Qualität einen vorrangigen Stellenwert einnehmen.

Aufteilung der abgehaltenen Fachbeiträge auf die insgesamt 13 Partnerländer:



Die 43 Fachexkursionen sind wie folgt auf die 3 ICNW Projektkomponenten aufgeteilt:



*Legende:* C3: Raumordnung/Entwicklungsstrategien; C4: Infrastruktur; C5: KMUs/Wirtschaft & Gemeinde

### Einbindung österreichischen Kommunal-Know-Hows erwünscht und wichtig

Das Projekt ICNW soll durch seinen wachsenden Bekanntheitsgrad und durch seine Akzeptanz die intensive Zusammenarbeit und den unmittelbaren Informations- und Know-how-Transfer zwischen den Gemeinden in einem erweiterten Europa fördern und damit einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der kommunalen Strukturen in den ländlichen Gebieten leisten. Die Österreichischen Standards sind dabei wegweisend und vorbildlich. Die Gemeinden Österreichs sind daher weiterhin aufgerufen Best-Practice Modelle an den Österreichischen Gemeindebund zu liefern.

## Public relations

# IV Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Der Österreichische Gemeindebund vertritt die Interessen der Kommunen sehr deutlich und vehement in der Öffentlichkeit.

Dies geschieht durch Unterstützung zahlreicher Veranstaltungen, der Gemeindebund selbst organisiert und führt zum Teil auch selbst Veranstaltungen zur Imagebildung durch. Darüber hinaus beteiligt sich der Gemeindebund an Kampagnen gemeinsam mit Partnern (Bundesministerien, ORF, Fonds Gesundes Österreich, Kuratorium für Verkehrssicherheit, ÖWAV, etc), aber auch in eigens initiierten Events und Kampagnen. Beispiele dafür sind etwa der Wettbewerb der Innovativsten Gemeinde oder Gesundheits- und Verkehrssicherheitswettbewerbe. Auf wissenschaftlicher Ebene vergibt der Gemeindebund gemeinsam mit dem Städtebund den „Preis der Kommunen - Wissenschaftspreis“ für ausgezeichnete akademische Arbeiten über kommunalrelevante Themen.

Zusätzlich informiert der Gemeindebund regelmäßig und aktuell mittels Aussendungen, Pressegesprächen und –konferenzen sowie den Organen des Österreichischen Gemeindebundes, der Homepage [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at), der Fachzeitschrift „Kommunal“ und auf [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at), der Web- und E-Government-Plattform der österreichischen Gemeinden.

## IV / a Pressekonferenzen und Pressemitteilungen

Mit zahlreichen Aktivitäten schlägt der Österreichische Gemeindebund Brücken zur Öffentlichkeit.

Den wichtigsten Teil der Pressearbeit stellen die Kontakte zu Journalisten und regelmäßige Presseaussendungen und -konferenzen dar. Mittlerweile finden sich beinah täglich in Regionalzeitungen, Tageszeitungen und Magazinen, aber auch im Rundfunk und Fernsehen die Inhalte der Presseaussendungen und Interviews des Österreichischen Gemeindebundes bzw. des Präsidenten wieder.

Im Jahr 2005 informierte die Presseabteilung des Gemeindebundes mittels Presseaussendungen an den eigenen Verteiler bzw. via APA über kommunalrelevante Themen durchschnittlich vier Mal monatlich mit einer Presseaussendung.

Zusätzlich sind die Pressekonferenzen mit Präsident Helmut Mödlhammer (oftmals gemeinsam mit Partnern) zum regelmäßigen Fixtermin im Kalender der Journalisten in Österreich geworden.

Alle Pressemeldungen des Gemeindebundes stehen jeweils am gleichen Tag auf der Homepage [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at) zur Verfügung.

## **IV / b Öffentlichkeitsarbeit**

### **IV / b / a Wettbewerbe**

#### **Preis der Kommunen - Wissenschaftspreis**

Zum vierten Mal hat der Gemeindebund in Partnerschaft mit dem Städtebund im Herbst 2005 den „Preis der Kommunen“ vergeben. Dieser Wettbewerb richtet sich an Nachwuchswissenschaftler sämtlicher Studienrichtungen an Universitäten und Fachhochschulen. Eingereicht werden können alle Diplom- oder Dissertationsarbeiten, die von kommunaler Relevanz sind. In Summe ist dieser Preis, der auch im Jahr 2006 ausgeschrieben wird, mit 7.000 Euro dotiert.

Rund 20 junge Nachwuchswissenschaftler/-innen haben sich im Jahr 2005 beteiligt. Eine prominente Jury, die sich aus Universitätsprofessoren österreichischer Fakultäten rekrutierte traf diese Entscheidung. Die Gewinner wurden im Rahmen einer kleinen Festveranstaltung geehrt und der Öffentlichkeit vorgestellt. Eine besonders interessante Arbeit zum Abgabenstrafrecht hat der Gemeindebund in Form eines Doppelbandes der RFG-Schriftenreihe publiziert und damit allen Gemeinden zugänglich gemacht. Der Österreichische Gemeindebund freut sich über die positive Entwicklung, dass Themen, die die Kommunen betreffen, an sämtlichen Universitäten verstärkt an Bedeutung gewinnen und sich junge Wissenschaftler in den verschiedensten Themenfeldern spezialisieren, woraus die Gemeinden großen Nutzen ziehen.

Die Ausschreibung für den IV. Preis der Kommunen endet im Juni 2006, die Preisverleihung ist wieder für den Herbst vorgesehen.

#### **Innovativste Gemeinde von Gemeindebund und Wirtschaftsblatt prämiert**

„Innovativste Gemeinde Österreichs“: Dieser Wettbewerb wird vom Gemeindebund und dem Wirtschaftsblatt gemeinsam ausgeschrieben. Weitere Partner sind unterstützend daran beteiligt. Dieser Wettbewerb fand in der Öffentlichkeit das größte Echo und hat sehr wesentlich zur Imagebildung der österreichischen Gemeinden und zur Darstellung ihrer Innovationskraft beigetragen. Im März 2005 wurde dieser Preis zum zweiten Mal vergeben. Im Jahr 2004 trug die burgenländische Gemeinde Güssing den Sieg davon, im Jahr 2005 errang mit Schenkenfelden/OÖ eine kleine Gemeinde den viel beachteten Sieg. Ein sehr großer Teil der Einreichungen war von hervorragender Qualität, starke Trends gab es zu interkommunalen Projekten sowie im Bereich der Energieversorgung der Gemeinden.

Die Preisverleihung im T-Mobile-Center in Wien war ein großer Erfolg, noch Wochen und Monate später profitierten die Siegergemeinden (Hauptpreis Schenkenfelden, der Sonderpreis ging an Bad Vöslau/NÖ) vom medialen Echo. Lokalmedien, österreichische Tageszeitungen, Radio und Fernsehen, aber auch ausländische Medien berichteten.

Auch dieser Wettbewerb findet 2006 seine Fortsetzung, der Sieger soll am Gemeindetag im September in Wien gekürt werden.

### **„Sicher und Sichtbar“**

Der Österreichische Gemeindebund nahm die traurige Verkehrsunfallbilanz zum Anlass, Österreichs Gemeinden im Zuge einer eigenen Kampagne und eines Wettbewerbs zu mehr Sicherheit und Sichtbarkeit im Straßenverkehr bei der herausfordernden Aufgabe als örtliche Straßenpolizei zu unterstützen.

Zwei Drittel aller Straßen Österreichs sind Gemeindestraßen. Die Hälfte bzw. mit Wien zwei Drittel aller Verkehrsunfälle mit Personenschaden ereignen sich im Ortsgebiet, die Anzahl der getöteten Kinder ist um 50 Prozent gestiegen. Leider droht auch oft Gefahr durch schlecht beschilderte Kreuzungen, unzureichend beleuchtete Straßen, kaum wahrnehmbare Schutzwege oder andere Versäumnisse auf Verkehrsflächen.

Mit der Kampagne und dem Wettbewerb „Sicher und Sichtbar“ erfolgte der Startschuss für ein Projekt, bei dem die Gemeinden ihren Beitrag für mehr Verkehrssicherheit zur Schau stellen und als gutes Beispiel für mehr Sicherheit und Sichtbarkeit im Ortsgebiet und auf Gemeindestraßen vorangehen konnten. Am Wettbewerb haben sich insgesamt 19 österreichische Gemeinden beteiligt, die Preisverleihung erfolgte im Juni 2005 im Rahmen des Verkehrssicherheitspreises des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KfV). Den Sieg errang 2005 die nÖ Gemeinde Gars am Kamp. Im Jahr 2006 wird dieser Bewerb vollständig in den Verkehrssicherheitspreis des KfV integriert, dabei wird es für die Gemeinden eine eigene Kategorie geben.

### **„Gesunde Mitarbeiter – Gesunde Gemeinden“**

Erstmals wurde 2004/2005 der Wettbewerb „Gesunde Mitarbeiter – Starke Gemeinden“ ausgeschrieben. Unterstützender Partner war hier der Fonds Gesundes Österreich (FGÖ). Die Ausschreibung richtete sich an Gemeinden, die zur Gesundheit ihrer Mitarbeiter beitragen, indem sie spezielle Aktionen anbieten.

Rund 20 Gemeinden folgten der Einladung, sich zu beteiligen. Als Sieger ging die Vorarlberger Gemeinde Feldkirch hervor, auf dem Podest landeten die Gemeinden St. Georgen (Sbg) und Wartberg (OÖ). Ein Sonderpreis wurde der Vorarlberger Landeshauptstadt Bregenz übergeben. Die Sieger wurden im Rahmen einer hochkarätigen Fachtagung des FGÖ im November 2005 in Wien geehrt und ausgezeichnet.

Der Wettbewerb diente vor allem der Bewusstseinsbildung in den Gemeinden. Gesunde Mitarbeiter sind motivierter und weniger oft krank. Diese Form der Bewusstseinsbildung wird der Gemeindebund weiterhin betreiben, der Wettbewerb selbst findet im Zwei-Jahres-Rhythmus, das nächste mal also 2007, statt.

### **IV / b / 2 Ausblick**

Der Gemeindebund steht neuen Initiativen, Events und Aktionen mit großer Offenheit gegenüber. Es werden laufend potentielle Partner für Kampagnen und Aktionen gesucht, die für Österreichs Gemeinden von Relevanz sind. Aktuell beteiligt sich der Gemeindebund u.a. am Wettbewerb „Amtsmanager 2006“ der Wirtschaftskammer Österreich.

## **IV / c Publikationen**

Den Weg, mit Publikationen in Form von Broschüren und Büchern Österreichs Kommunen und die Öffentlichkeit zu informieren, geht der Österreichische Gemeindebund konsequent und erfolgreich weiter. Die 2003 geschaffene Kooperation RFG – „Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden“ liefern die Eigen-Publikationen des Gemeindebundes wertvolles Theorie-, Praxis- und Hintergrundwissen.

### **IV / c / 1 KOMMUNAL – offizielles Fachmagazin**

KOMMUNAL, das offizielle Organ des Österreichischen Gemeindebundes und größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden, lieferte auch im Jahr 2005 Monat für Monat unverzichtbare Informationen aus erster Hand. Die 35.000 wichtigsten kommunalen Entscheidungsträger lesen KOMMUNAL nicht nur, sondern brauchen die Inhalte des Magazins für ihre tägliche Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Nicht weniger als 80% der Leser beurteilen die Inhalte von KOMMUNAL als hilfreich und unverzichtbar für die tägliche Arbeit in der Gemeindepolitik. Diese großartige Erfolgsgeschichte ist das Produkt eines partnerschaftlichen Konzeptes zwischen der gesetzlichen Interessensvertretung der Kommunen und dem privatwirtschaftlich geführten Österreichischen Kommunal-Verlag. Der Österreichische Kommunal-Verlag wird von Mehrheitseigentümer Prof. Walter Zipmer, Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes und dessen Sohn Walter Zipmer jun. geleitet.

### **Kraftvolles Sprachrohr**

KOMMUNAL ist als Sprachrohr und offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes ausschließlich den Interessen der Gemeinden verbunden, und zwar unabhängig von parteipolitischen Konstellationen. Eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit ist für jede Interessensvertretung die Existenzgrundlage, KOMMUNAL versteht sich als Wegweiser durch den Dschungel der Gesetze und Vorschriften und als seriöser und ehrlicher Partner der Wirtschaft. Immerhin geben Österreichs Gemeinden Jahr für Jahr mehr als 13 Milliarden Euro aus und sind damit die mit Abstand größten öffentlichen Investoren des Landes. KOMMUNAL ist dort, wo kommunale Entscheidungsträger sind, bei Bedarf auch mit Sonderausgaben. 2005 erschienen solche Sonderausgaben anlässlich des Gemeindetages in Oberwart und anlässlich der Festveranstaltung „60 Jahre 2. Republik, 50 Jahre Staatsvertrag, 10 Jahre EU-Beitritt“ des Gemeindebundes im Palais Niederösterreich.

Auch der Webauftakt von KOMMUNAL wurde neu gestaltet, die wichtigsten Artikel jeder Ausgabe können auch auf [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at) nachgelesen werden.

[www.kommunal.at](http://www.kommunal.at)

**KOMMUNAL ONLINE** - Microsoft Internet Explorer

Adresse: <http://www.kommunal.at/kommunal/start.html>

**KOMMUNAL** - Das offizielle Informations- und Serviceorgan des Österreichischen Gemeindebundes

NEU NEU NEU! Die Mediadaten 2006

Themen Archiv Mediadaten Adressen Messen Inforeisen Kommunalverlag Links

**Herzlich willkommen bei Österreichs größtem Fachmagazin für Kommunalpolitik**

KOMMUNAL ist das offizielle Organ des Österreichischen Gemeindebundes. Auf dieser Homepage erfahren Sie alles über unsere 24.800.000 Leser (ÖMG-gestützter Jahresdurchschnitt 2005), unsere Erscheinungstermine, Themen und Preise. Unsere Leser entscheiden über jährliche Ausgaben von 13 Milliarden Euro in den 2358 österreichischen Gemeinden.

KOMMUNAL hilft mit diesem Info-Service alle wichtigen kommunalen Informationen jederzeit für Sie auf Abruf bereit. Wo immer Sie sind, wissen Sie über das kommunale Geschehen in Österreich Bescheid.

Herzlich willkommen und viel Spaß!

Kommunal 1-2006  
 Druckauflage 24.800  
 Jahresstiftung 2005  
 ISSN 1605-1459

**Monat für Monat unverzichtbar**

Unsere Abonnenten lesen KOMMUNAL nicht nur, sondern sie brauchen das größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden bei ihrer Tätigkeit. Acht von zehn Lesern sagen, dass die KOMMUNAL-Inhalte für ihre Tätigkeit hilfreich sind, 70 Prozent beurteilen die Inhalte als sehr gut bzw. gut.

**Unsere Leser entscheiden**

Die Leser von KOMMUNAL sind eine Entscheider in allen österreichischen Gemeinden, die zusammen über jährliche Gesamtausgaben von mehr als 13 Milliarden Euro entscheiden. Sie sind ihr Schlüssel zu diesem enormen Auftragspotential.

**TOP-Adressen für Ihre Praxis**

KOMMUNAL bietet exklusiv die TOP-Adressen der kommunalen Entscheidungsträger in ganz Österreich. Nutzen Sie unser Adressmaterial, um mit Ihrem eigenen Mailing dort anzukommen, wo über Ausgaben von ca. 13 Milliarden Euro jährlich entschieden wird. Informieren Sie alle Bürgermeister, Vizebürgermeister und wichtigsten kommunalen Entscheidungsträger in allen 2358 Gemeinden Österreichs über Ihre Produkte und Leistungen. Mit Innovationen überzeugen Sie

## IV / c / 2 RFG, Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden – Fachzeitschrift in Kooperation mit MANZ

### Kooperationen bei Publikationen werden vertieft

Als Ergänzung zum bewährten offiziellen Organ „KOMMUNAL“ forciert der Gemeindebund die wissenschaftliche Aufarbeitung von gemeinderelevanten Themen. Mit anerkannten Partnern gründete der Gemeindebund eine Publikationsschiene und etablierte sich in diesem Sektor. Die im Traditionsverlag MANZ erscheinende Fachzeitschrift RFG (Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden) bündelt mit der Schriftenreihe, Büchern und dem 2004 erstmals stattgefundenen Kommunalkongress alle relevanten Fachinformationen für Gemeinden. Fachexperten bieten zusammen mit Autoren aus der Gemeindepraxis verständliche Informationen, die in der täglichen Arbeit umgesetzt werden können.

Schwerpunkte der bisherigen Ausgaben waren:

- Finanzierung
- Ausgliederung
- Immobilien
- Haushaltsfinanzierung
- Getränkesteuer
- Interkommunale Zusammenarbeit

Entsprechend dem weitreichenden Spektrum kommunaler Tätigkeit finden sich in der RFG Beiträge aus den unterschiedlichsten Bereichen, um allen Anforderungen abzudecken.

- Finanzfragen, Steuerrecht
- Haushalt, Betriebswirtschaft
- Maastricht, Finanzierung
- Öffentliches Recht, Zivilrecht
- Arbeitsrecht, Dienstrecht

Mehr als die Hälfte aller Gemeinden nützt bereits dieses erfolgreiche Serviceangebot, um sich mit rechtssicherer Information zu versorgen. Neben Gemeinden zählen auch Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte zu den Abonnenten. Die RFG-Publikationen sind der Fachwelt mittlerweile auch ein Begriff, in vielen Bereichen wurden Themen durch RFG-Schriftenreihen erstmals ausgiebig behandelt. Seit Februar 2004 sind auch alle Beiträge der RFG in der Rechtsdatenbank (RDB) enthalten und abrufbar, die RDB kann auch über [kommunalnet.at](http://kommunalnet.at) zu besonders günstigen Konditionen eingesehen werden.

### **Schriftenreihe RFG – Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden**

Eine wichtige Säule im **RFG-Informationspaket**, dem „Paket“ speziell für die Gemeinden, das Wissenschaft und Praxis gleichermaßen vereint, bleibt weiterhin die bekannte Schriftenreihe, die ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Verlag MANZ erscheinen. Im Jahr 2005 sind insgesamt fünf Bände erschienen, die sich durch leichte Lesbarkeit, besondere Aktualität und sofortige Umsetzbarkeit der gebotenen Information auszeichnen. Die Themenbereiche sind breit gestreut und entsprechen den Bedürfnissen der Gemeindepraxis.

#### **Die einzelnen Bände des Jahres 2005 der „Schriftenreihe Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden“ in Kürze:**

- Band 5/2005: *Heiss*, **Betriebsprüfung in der Gemeinde**
- Band 3-4/2005: *Mitterbacher/Schrittwieser*, **Kommunales Abgabenstrafrecht**
- Band 2/2005: *Heiss/Pilz*, **Kosten- und Leistungsrechnung der Siedlungswasserwirtschaft**
- Band 1/2005: *Hink/Leiningen-Westerburg/Rupp*, **E-Government-Leitfaden für Bürgermeister**

#### **IV / d [www.gemeinebund.at](http://www.gemeinebund.at)**

Am 15. September 2005 ist die Internet-Seite des Gemeindebundes, [www.gemeinebund.at](http://www.gemeinebund.at), in ihrer neuen Gestaltung online gegangen. Die Zugriffe auf die Seite beweisen, dass die optische und inhaltliche Neugestaltung sehr erfolgreich ist. Der Nutzer hat nun auch die Möglichkeit, den Informationsgehalt eines Beitrages als zu bewerten, für den Gemeindebund ist das ein wichtiger Bestandteil, damit sichergestellt werden kann, dass die angebotenen Informationen auch tatsächlich das Informationsbedürfnis abdecken. Die Bewertungsmöglichkeit wird von den Besuchern intensiv genutzt, ergänzend dazu kann jeder Besucher auch Kommentare zu den Beiträgen abgeben.

Mit der Neugestaltung wurde auch die Intensität und die Quantität der erscheinenden Artikel massiv erhöht. Im Schnitt erscheinen nun monatlich 15 neue Beiträge, d.h. zumindest zweitäglich gibt es einen neuen Bericht auf [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at). Vom Relaunch der Seite, bis zum Jahresende 2005 sind insgesamt 59 neue Beiträge online zur Verfügung gestellt worden.

Die Startseite bietet mit ihren Schlagzeilen einen aktuellen Überblick. Seit dem Relaunch können die einzelnen Beiträge auch mit mehreren Bildern illustriert werden. Gleichzeitig ist man mit gut platzierten Buttons über aktuelle Kampagnen und Termine mit einem Klick im Geschehen. Das Service, die RFG-Schriftenreihe gratis downloaden zu können, kommt besonders gut bei den Usern an.

Der Button „Europa“ befasst sich mit Aufgaben, Partnerschaften und informiert mittels „EU-Infos“ und „Europa-Aktuell“ über aktuelle Europathemen. Auch der Service-Bereich wurde einer Neugestaltung unterzogen, hier erscheinen u.a. monatlich die neuesten Finanzdaten für die Gemeinden. Zentral ist der Bereich Presse: Unentbehrlich für die Arbeit mit den Medien, aber auch für die internen Organisationsabläufe und Schwerpunktthemen ist der Button „Presse/Medien“:

Informationsmaterial aller Pressekonferenzen, Presseaussendungen und vor allem das Pressearchiv mit allen Schlagzeilen sowie Bilder und Fotos liefern wertvolle Daten und Fakten. Mit den „Links“ zu nationalen und internationalen Organisationen und öffentlichen Einrichtungen sind auf [www.gemeindebund.gv.at](http://www.gemeindebund.gv.at) oder [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at) dem kommunalen Surf-Vergnügen keine Grenzen gesetzt.

## [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at)

The screenshot shows the website interface in a browser window. The address bar displays <http://www.gemeindebund.at/index.php>. The page layout includes a top navigation bar with 'Startseite', 'Interne Bereich', 'Links', 'Impressum', and 'Kontakt'. A left sidebar contains a menu with 'über uns', 'Gemeinden', 'Service', 'Presse und Medien', and 'Schwerpunkt'. The main content area features a header 'Kommunal, das führende Fachmagazin für Österreichs Gemeinden' and a list of news items, each with a date and a 'mehr' link. The footer contains the text 'Copyright © 2005 - Österreichischer Gemeindebund. Alle Rechte vorbehalten.' and a 'Disclaimer' link.

## IV / e [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at)

Mit dem 15. September 2005 ist – nach einem Jahr des Betriebs - auch die Oberfläche von [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at) neu gestaltet worden und online gegangen. Die Qualität und die Optik ist dadurch sichtbar gestiegen, der Relaunch ist bisher ein großer Erfolg und wird von den Nutzern auch positiv beurteilt.

Um die möglichst große Verbreitung von kommunalnet und die Zugänglichkeit für möglichst viele Gemeinden zu gewährleisten wurden Kooperationsverträge mit führenden Anbietern kommunaler Software abgeschlossen. Dies erleichtert einerseits den Vertrieb und stellt sicher, dass die Gemeinden kommunalnet.at in ihre bisher verwendete Software integrieren können. Seit Abschluss dieser Partnerschaft mit den kommunalen Software-Anbietern ist die Userzahl von kommunalnet sprunghaft gestiegen und als großer Erfolg zu bezeichnen. Im Informationsbereich erscheinen täglich drei bis fünf gemeinderelevante Artikel aus allen Bundesländern. Zu besonders dringlichen oder umfangreichen Themen gibt es eigene Schwerpunkte mit mehreren Dokumenten.

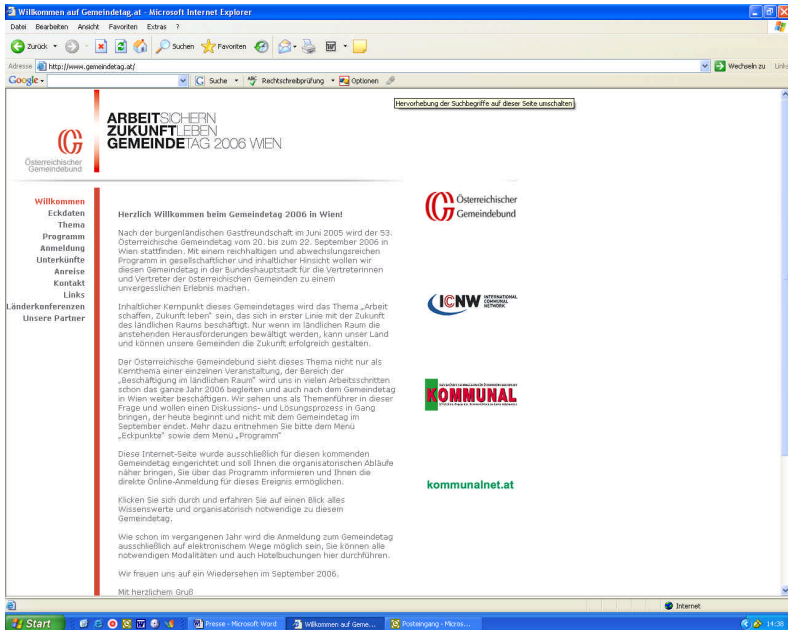
## [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at)

The screenshot shows the website [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at) in a Microsoft Internet Explorer browser window. The page title is "kommunalnet.at - das Gemeinde-Internet". The browser address bar shows "https://www.kommunalnet.at/default.asp?themecoon=0&datatoken=0&page=1". The website header includes "kommunalnet.at v.2.0" and "DI GEMEINSAME PARTNERSCHAFT DER BUNDEWEITEN KÖRPERN DER GEMEINDEN, SEITEN ANSCHLIESSENDE UND DER KOMMUNALEN SOFTWARE". A navigation menu contains "Startseite", "Nachrichten", "Finanzen", "Recht", "e-Government", "Innovation", and "Angebote". The main content area is titled "Willkommen bei kommunalnet.at Version 2.0!" and features three news items: "Jugendschutz soll bundesweit vereinheitlicht werden" (dated 09. Februar 2006), "Kärntens Kinderhorte sind Grundpfeiler der Nachmittagsbetreuung" (dated 09. Februar 2006), and "Oberösterreich: Wetschaulen gegen die Zeit" (dated 09. Februar 2006). A sidebar on the left contains "Login/out", "Über kommunalnet.at", "Adressbuch", "Suche/Biete...", and "Newsletter". A sidebar on the right contains "Suche", "Schwerpunkte", "Werkzeuge", and "Termine".

Mit 1.1.2006 ist auch der Bereich „Gemeinderecht aktuell“ neu. Hier werden gemeinderelevante Begutachtungen von Gesetzen dargestellt, dokumentiert und erklärt. Neu beschlossene Rechtsnormen werden auf ihre Gemeinderelevanz geprüft, die wichtigsten Änderungen werden im Detail erklärt. Der Service- und Anwendungsbereich wird laufend um wichtige und für Gemeinden nützliche Anwendungen ergänzt.

Zur Vorbereitung des Gemeindetages wurde die Internet-Seite [www.gemeinetag.at](http://www.gemeinetag.at) eingerichtet. Auf dieser Seite befinden sich alle relevanten Informationen zum Gemeindetag 2006 in Wien. Wie auch 2005 ist auch beim Gemeindetag 2006 die Anmeldung ausschließlich über diese Seite möglich. Die Anmeldeformulare werden im April 2006 freigeschaltet.

[www.gemeinetag.at](http://www.gemeinetag.at)

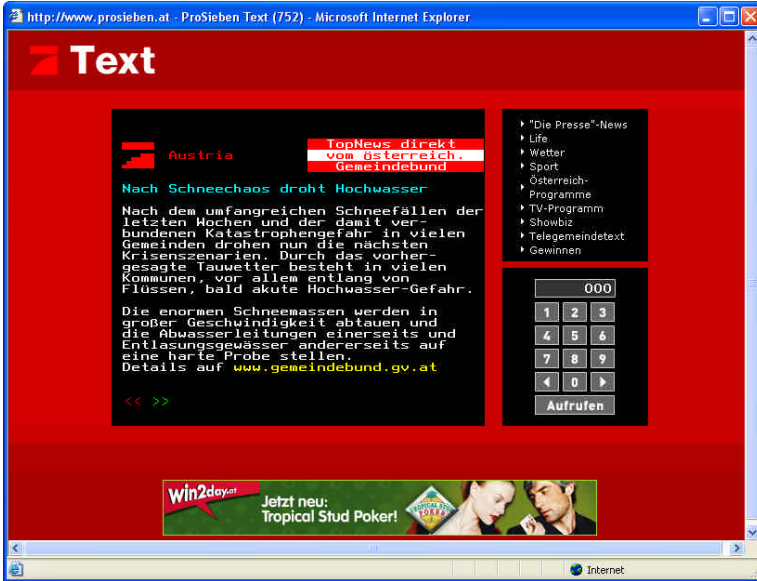


## Der Gemeindebund und seine Gemeinden im Teletext

Seit Herbst 2005 ist der Österreichische Gemeindebund auch in einem neuen Medium vertreten, dem Teletext von ProSieben Austria. Dem Gemeindebund stehen dort zwei Teletextseiten zur Verfügung, es handelt sich um die Seiten 752 und 753, die er selbst mit Inhalten befüllen kann. Dies geschieht im Durchschnitt im Wochenrhythmus, d.h. jede Woche gibt es zwei neue Meldungen, die für alle Bürgerinnen und Bürger österreichischer Gemeinden relevant sind.

Darüber hinaus können bis zu 300 österreichische Gemeinden auch eine Teletext-Seite bei ProSieben in Anspruch nehmen. Ab der Seite 750 sind alle weiteren Seiten für die heimischen Gemeinden reserviert. Jede einzelne Seite hat bis zu fünf Unterseiten (Rollseiten), die von den Gemeinden direkt mit Inhalten (Bericht, Veranstaltungshinweise, etc.) befüllt werden können. Bisher haben rund 40 Gemeinden eine entsprechende Vereinbarung mit ProSieben Austria unterzeichnet, rund 30 Gemeinden haben ihre Seiten schon in Betrieb, insgesamt 90 Gemeinden

haben bisher Interesse gezeigt. Der Betrieb dieser Seiten ist für die Gemeinden kostenlos, die Resonanz ist überwältigend hoch. Das Projekt „Telegemeindetext“ wurde von ProSieben auch in Fernsehspots und der Fachzeitschrift „Kommunal“ beworben.



## **Gemeindebund intern**

# **V Die Organisation des Österreichischen Gemeindebundes**

## **V / a Generalsekretariat in Wien und Brüssel**

Die Arbeit des Generalsekretariates war im Berichtsjahr 2005 äußerst fordernd. Die eigens vom Gemeindebund ab Anfang des Jahres koordinierte Tsunamihilfe der österreichischen Gemeinden, eine Restrukturierung im Büro und die Übernahme der Redaktionstätigkeit für das Kommunalnet von einem externen Büro mit Ende 2005 erforderte eine personelle und organisatorische Erweiterung, für die noch eine räumliche Ausweitung und Adaptierung des Büros erforderlich sein wird.

Die personelle Besetzung des Büros in Wien präsentierte sich daher 2005 zahlenmäßig etwas verstärkt, und neuerlich verjüngt wie folgt:

- Generalsekretär vortr. HR Dr. Robert Hink
- Mag. Nicolaus Drimmel (Jurist, Stellvertreter)
- Mag. Sabine Blecha (Juristin, bis 31. Juli 2005)
- Mag. Martin Schille (Jurist, ab 14. November 2005)
- Martina Schenk (Sachbearbeiterin, ab 1. März 2005)
- Daniel Kosak (Presse)
- Mag. Nadja Tröstl (Presse, ab 1. Dezember 2005)
- Angelika Gaal (Büroleitung und Organisation bis 15. November 2005)
- Andrea Böhler (Büroleitung und Organisation, ab 1. Dezember 2005)
- Frau Josefine Gruber (Sekretariat)
- Frau Beate Bauer (Sekretariat)
- Frau Iris Houra (Sekretariat)
- Frau Petra Stossier (Sekretariat)
- Frau Sylvia Fried (ab 10. November 2005)

Das Team des Österreichischen Gemeindebundes bewältigte auch im vergangenen Jahr 2005 die vielfältigen und umfangreichen Aufgaben, zur Erfüllung seiner Agenden konnte es sich wieder auf die tatkräftige Mitarbeit der Landesverbände und Konsulenten stützen.

## **Gemeindebund-Außenstelle in Brüssel**

Im Brüsseler Büro gab es keine personelle Veränderung. Mit der gemeinsam mit dem Städtebund angestellten Sekretärin war das Brüssel-Büro daher wie folgt besetzt.

- Mag. Daniela Fraiß (Büroleiterin)
- Frau Sybille Schwarz (Sekretariat)

## V / b Organe des Österreichischen Gemeindebundes im Jahr 2005

Die aufgrund der Wahlen im Jahr 2003 konstituierten Organe und Funktionen des Österreichischen Gemeindebundes sind im Folgenden aufgelistet:

### PRÄSIDIUM

Präsident Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer, Hallwang

Neben dem Präsidenten gehörten dem Präsidium an:

1. Vizepräsident: Präsident NR a.D. Bgm. a.D. Hermann Kröll, Schladming

2. Vizepräsident: Präsident Bgm. Bernd Vögerle, Gerasdorf bei Wien

Vizepräsident: Präsident Bgm. Franz Steininger, Garsten

Vizepräsident: Präsident 2. LT-Präs. Bgm. Hans Ferlitsch, St. Stefan im Gailtal

Vizepräsident: VPräs. Bgm. a.D. Prof. Walter Zimper, Markt Piesting

Generalsekretär: vortr. HR Dr. Robert Hink, Wien

### BUNDESVORSTAND

Der Bundesvorstand besteht laut Statut aus 29 Mitgliedern, davon entfallen auf die Landesverbände 28 Sitze und ein Sitz auf den Generalsekretär. Für Tirol wurde ein weiteres Mitglied kooptiert. Der Bundesvorstand bestand im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern:

*Burgenländischer Gemeindebund:*

Präs. LAbg. Bgm. AR Leo Radakovits, Güttenbach

*Verband soz. Gemeindevertreter im Burgenland:*

Präs. LAbg. Bgm. Ernst Schmid, Oggau

*Kärntner Gemeindebund:*

Präs. 2. LT-Präs. Bgm. Hans Ferlitsch, St. Stefan im Gailtal

VPräs. Bgm. Vinzenz Rauscher, Hermagor

VPräs. Bgm. Valentin Happe, Schiefeling am See

*Verband NÖ Gemeindevertreter der ÖVP:*

Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl, Grafenwörth

VPräs. Bgm. a.D. Prof. Walter Zimper, Markt Piesting

VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser, Yspertal

*Verband soz. Gemeindevertreter in NÖ:*

Präs. Bgm. Bernd Vögerle, Gerasdorf bei Wien

LR a.D. Bgm. Fritz Knotzer, Traiskirchen

*Oberösterreichischer Gemeindebund:*

Präs. Bgm. Franz Steininger, Garsten

Bgm. Franz Dopf, Wartberg a.d. Krems

LAbg. Bgm. Johann Hingsamer, Eggerding

LAbg. a.D. Bgm. Otto Weinberger, Schlüßlberg

VPräs. Bgm. Fritz Kaspar, Marchtrenk

*Salzburger Gemeindeverband:*

Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer, Hallwang  
Bgm. Rudolf Lanner, St. Martin a. T.  
VPräs. Bgm. Peter Mitterer, Saalbach-Hinterglemm

*Steiermärkischer Gemeindebund:*

Präs. NR a.D. Bgm. a.D. Hermann Kröll, Schladming  
VPräs. Bgm. Franz Ninaus, St. Stefan ob Stainz  
VPräs. LAbg. Bgm. a.D. Bernd Stöhrmann, Mitterdorf im Müürztal  
Bgm. Robert Hammer, Unterlamm  
Bgm. Erwin Puschenjak, Kraubath an der Mur

*Tiroler Gemeindeverband:*

Präs. LAbg. Bgm. Dipl.Vw. Hubert Rauch, Steinach am Brenner  
VPräs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf, Sölden  
VPräs. Bgm. Günter Fankhauser, Mayrhofen  
VPräs. Bgm. Edgar Kopp, Rum (kooptiert)

*Vorarlberger Gemeindeverband:*

Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold, Feldkirch  
VPräs. Bgm. Erwin Mohr, Wolfurt

*Österreichischer Gemeindebund:*

GS votr. HR Dr. Robert Hink, Wien

## **DELEGERTENVERSAMMLUNG**

Die Delegiertenversammlung ist die statutengemäße Vollversammlung des Österreichischen Gemeindebundes. Sie besteht aus 49 Personen, wozu für jede neue Einberufung eine Nominierung durch die Landesverbände erforderlich ist. Für die im Jahr 2005 abgehaltene Delegiertenversammlung wurden folgende Personen nominiert:

*Burgenländischer Gemeindebund:*

Präs. LAbg. Bgm. AR Leo Radakovits, Güttenbach  
VPräs. Bgm. Johann Schumich, Oslip

*Verband soz. Gemeindevertreter im Burgenland:*

Präs. LAbg. Bgm. Ernst Schmid, Oggau  
Bgm. Alfred Grandits, Stinatz

*Kärntner Gemeindebund:*

Präs. 2. LT-Präs. Bgm. Hans Ferlitsch, St. Stefan im Gailtal  
VPräs. Bgm. Vinzenz Rauscher, Hermagor  
VPräs. Bgm. Valentin Happe, Schiefeling am See  
VPräs. Bgm. Arnold Marbek, Poggersdorf

*Verband NÖ Gemeindevertreter der ÖVP:*

Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl, Grafenwörth  
VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser, Yspertal  
VPräs. Bgm.a.D. Prof. Walter Zipmer, Markt Piesting

Bez. Obm. Bgm. Otto Huslich, Litschau  
Bez. Obm. Bgm. Karl Stangl, Scheiblingkirchen  
LAbg. Bgm. Mag. Johann Heuras, St. Peter i.d. Au

*Verband soz. Gemeindevertreter in NÖ:*

Präs. Bgm. Bernd Vögerle, Gerasdorf bei Wien  
LR a.D. Bgm. Fritz Knotzer, Traiskirchen  
Bgm. Manfred Mießner, St. Valentin  
Bgm. Wolfgang Peterl, Korneuburg  
Bgm. Johann Pichler, Heidenreichstein

*Oberösterreichischer Gemeindebund:*

Präs. Bgm. Franz Steininger, Garsten  
LAbg. Bgm. Johann Hingsamer, Eggerding  
Bgm. Franz Dopf, Wartberg a.d. Krems  
Bgm. Dir. Rudolf Fischerlehner, Hagenberg  
Bgm. Bruno Fröhlich, Vorderweißbach  
Bgm. Johann Meyr, Scharten  
LAbg. a.D. Bgm. Otto Weinberger, Schlüßlberg  
HR Bgm. Herbert Sperl, Leonding  
NR Bgm. Rosemarie Schönpass, Ampflwang

*Salzburger Gemeindeverband:*

Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer, Hallwang  
VPräs. Bgm. Peter Mitterer, Saalbach-Hinterglemm  
Bgm. BR Ludwig Bieringer, Wals-Siezenheim  
Bgm. Rudolf Lanner, St. Martin a. T.

*Steiermärkischer Gemeindebund:*

Präsident NR a.D. Bgm. a.D. Hermann Kröll, Schladming  
VPräs. Bgm. Franz Ninaus, St. Stefan ob Stainz  
VPräs. LAbg. Bgm. a.D. Bernd Stöhrmann, Mitterdorf im Mürztal  
Bgm. Engelbert Huber, Mooskirchen  
Bgm. Robert Hammer, Unterlamm  
Bgm. Hermann Grassl, Hartl  
Bgm. Heinz Jungwirth, St. Michael  
Bgm. Johann Urschler, Großwilfersdorf  
Bgm. Gerhard Weber, Oberaich

*Tiroler Gemeindeverband:*

Präs. LAbg. Bgm. Dipl.Vw. Hubert Rauch, Steinach am Brenner  
VPräs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf, Sölden  
VPräs. Bgm. Günter Fankhauser, Mayrhofen  
VPräs. Bgm. Edgar Kopp, Rum

*Vorarlberger Gemeindeverband:*

Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold, Feldkirch  
VPräs. Bgm. Erwin Mohr, Wolfurt  
VPräs. Bgm. Mag. Harald Sonderegger, Schlins  
Bgm. Werner Walser, Innerbraz

## **RECHNUNGSPRÜFER**

Bgm. Reinhold Fiedler, Kukmirn  
Bgm. Hans Rauscher, Tamsweg  
Bgm. NR a.D. HR Matthias Achs, Gols

## **SCHIEDSGERICHT**

Vors.: LADir. Univ.Prof. wHR Dr. Gerhart Wielinger, Graz  
Stellvertreter: Mag. Erich Trenker, St. Pölten

## **Fachausschüsse (Stand 31. 12. 2005)**

Folgende Zusammensetzung der Fachausschüsse war zum Stichtag aktuell:

### **Europaausschuss:**

Vorsitzender: Präs. Bgm. Bernd Vögerle, Gerasdorf bei Wien  
Vors. Stellvertreter: Bgm. Johann Peinsteiner, St. Wolfgang

### **Finanzausschuss:**

Vorsitzender: LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl, Grafenwörth  
Vors. Stellvertreter: Präs. LAbg. Bgm. Dipl.-Vw. Hubert Rauch, Steinach

### **Ausschuss für Gesundheit und Soziales:**

Vorsitzender: Präs. LAbg. Bgm. Ernst Schmid, Oggau  
Vors. Stellvertreter: Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold, Feldkirch

### **Ausschuss für Raumordnung und Struktur:**

Vorsitzender: Präsident LAbg. Bgm. AR Leo Radakovits, Güttenbach  
Vors. Stellvertreter: Vizepräsident Bgm. Fritz Kaspar, Marchtrenk

### **Rechtsausschuss:**

Vorsitzender: Präs. LAbg. a.D. Bgm. Helmut Mödlhammer, Hallwang  
Vors. Stellvertreter: LAbg. Bgm. Mag. Klaus Mezgolits, Steinbrunn

### **Ausschuss für Tourismus, Freizeit und Kultur:**

Vorsitzender: Bgm. Ludwig Muxel, Lech  
Vors. Stellvertreter: Bgm. Mag. Ernst Schöpf, Sölden

### **Umweltausschuss:**

Vorsitzender: Vizepräsident Bgm. Mag. Ernst Schöpf, Sölden  
Vors. Stellvertreter: Bgm. Helmut Kührtreiber, Zwentendorf

### **Studienkommission für das Rechnungswesen:**

Vorsitzender: vakant

## **V / c Chronik der Organsitzungen 2005**

Im Sinne der oben angeführten Gremienstruktur fanden im Jahr 2004 unter Anführung der wichtigsten Tagesordnungspunkte folgende Sitzungen statt:

### **1. Delegiertenversammlung**

16. März 2005: Bericht des Präsidenten; Nachwahl für den Bundesvorstand gem. § 13 Abs. 1 des Statuts; Rechnungsabschluss 2004; Rechnungsprüfbericht für das Finanzjahr 2004; Mitgliedbeiträge 2005; Voranschlag 2005 und Jahresarbeitsprogramm des Österreichischen Gemeindebundes; Bevorstehende Gemeindetage; Personalien – Beschlüsse über Ehrungen gem. § 13 Abs. 10 des Statuts; Berichte aus den Landesverbänden

### **2. Bundesvorstand**

15. März 2005: Rechnungsabschluss 2004; Voranschlag 2005 und Jahresarbeitsprogramm des Österreichischen Gemeindebundes; Gemeindetage; Personalien – Ehrungen;

1. Juni 2005; Verwaltungsreform II; Getränkesteuer; Schulgesetze; Gemeindetag in Oberwart 2005; Gemeindetag in Wien 2006;

### **3. Präsidium**

Dieses Gremium hielt im Berichtszeitraum lediglich Sitzungen gemeinsam mit den Landesobmännern und Landesgeschäftsführern ab (siehe folgender Punkt).

### **4. Präsidium und Landesobmänner**

9. März 2005: Voranschlag 2005, Rechnungsabschluss 2004, Arbeitsprogramm 2005; Personalien; Gemeindetag 2006;

4./5. April 2005: Gemeinsamer Europatag mit dem deutschen Städte- und Gemeindebund;

18. Mai 2005: Gemeindetage; Schulorganisationsgesetz; „Kommunale Integration“; Fluthilfe;

15. Juni 2005: Schulorganisationsgesetz; Verwaltungsreform II;

6. September 2005: „Kommunalnet Neu“; E-Government Strategie des Gemeindebundes; Personalien;

19. Oktober 2005: Verwaltungsreform II; Schulfragen; Wirtschaftsprognose 2006; Gemeindetag 2006;

30. November 2005: Beratung des Voranschlages 2006 und Vorbereitung des Arbeitsprogrammes des Gemeindebundes (§16 Zif. 4 des Statuts des Österreichischen Gemeindebundes); Service GmbH; Personalien;

## 5. Direktoren und Landesgeschäftsführer

11./12. Jänner 2005: Getränkesteuer; Arbeitsprogramm 2005; Österreichischer Gemeindetag 2005; Österreichischer Gemeindetag 2006; Europäischer Gemeindetag 2006;

2. Februar 2005 (mit Gemeindeaufsichtsbehörden): : Getränkesteuer, Analyse des jüngsten VwGH – Urteils; Besprechung der weiteren Vorgangsweise zur Verfahrensfortsetzung; Rückzahlungsmodell für den Bund; Resümee: Festlegung der weiteren (zeitlichen/inhaltlichen) Vorgangsweise in Abstimmung mit den Gemeindeaufsichtsbehörden

11. April 2005 (mit Gemeindeaufsichtsbehörden): Verwaltungsreform II; Österreichischer Stabilitätspakt 2005; Entwicklung der Steuereinnahmen und Ertragsanteile;

2. Mai 2005 (mit Gemeindeaufsichtsbehörden): Getränkesteuer, Ergebnisbericht der Beratungen der Expertenarbeitsgruppe im BMF zum jüngsten EuGH– Urteil (Rs C-491/03); Weitere notwendig gewordene, geplante VwGH – Musterfälle zum EuGH Urteil; Bericht über die Fortsetzung der Musterverfahren beim VwGH zur Überwälzung (Vorhaltsfälle, va. Stadt Linz); Verfahren bei Handelsbetrieben;

4./5. Juli 2005: Schulorganisationsgesetze; Öffentlichkeitsarbeit; Senioren; Gemeindetag 2006; Festveranstaltung „60 Jahre 2. Republik, 50 Jahre Staatsvertrag 10 Jahre Österreichische Gemeinden in der EU“;

13./14. September 2005: Gehaltsmodell der Vorarlberger Gemeindebediensteten; Neue Modelle in der Altenpflege; Öko Beschaffungs System des Umweltverbandes der Vbg. Gemeinden; Österreichischer Gemeindetag 2006;

13. Oktober 2005 (mit Gemeindeaufsichtsbehörden): Stabilitätspakt; Maastrichterergebnis der Gemeinden aufgrund der Rechnungsabschlüsse 2004; Voranschläge 2005; Konzept Gemeindefinanzbericht; Kommunalsteuer-Jahreserklärung;

## 6. Rechnungsprüfer

10. Februar 2005: Rechnungsprüfung

## 7. Ausschuss-Sitzungen

### Rechtsausschuss:

9. März 2005: Österreichkonvent „Fiedler-Entwurf; Problemkreis Fundtiere und Kostentragung; Betrauung von Rechtsanwälten durch Gemeinden; Verwendung von Meldedaten: Haushaltsbestätigungen – „gemeinsamer Haushalt“; Grundabtretungen gem. § 16 Oö. Bauordnung – Unbedenklichkeitsbescheinigung; Begutachtungsrecht der Wirtschaftskammer und der Arbeiterkammer bei Erlassung von Gemeindeverordnungen;

### **Europaausschuss:**

4./5. April 2005: Gemeinsamer Europatag mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund,; ICNW; Vergaberecht und Wettbewerbsregime;

29./30. September 2005: Überblick über das EU-Geschehen und Berichte aus internationalen Gremien; Grünbuch Energieeffizienz, AdR-Stellungnahme; ELER-Verordnung;

### **Finanzausschuss:**

5. Oktober 2005: Ergebnis des Kommunalgipfels in Niederösterreich; Weitere Vorgangsweise Getränkesteuerersatzregelung; Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen für die Kommunalsteuer und den Dienstgeberbeitrag; Kommunalsteuer-Jahreserklärung; Einheitlicher Verteilungsschlüssel; Arbeitsgruppe Gemeindesteuern – Grundsteuer, Einheitswertermittlung;

### **Gesundheits- und Sozialausschuss:**

Der Ausschuss hielt im Berichtszeitraum keine Sitzungen ab.

### **Ausschuss für Tourismus, Freizeit und Kultur:**

23./24. Juni 2005: Destinationsmanagement und Produktentwicklung; Ferienordnung in Österreich – Koordinierung; Gesundheitstourismus in Österreich aus kommunaler Sicht; E-Gästebuch – Status quo; Getränkesteuer – weitere Vorgangsweise; Entwicklung der budgetären Lage der Tourismusgemeinden;

### **Ausschuss für Raumordnung und Struktur:**

20. / 21. Juni 2005: ÖROK – Arbeitsgruppe Geodatenpolitik; Daseinsvorsorge und deren Funktionen im ländlichen Raum; Gemeinden als Arbeitsplatzsicherer im ländlichen Raum;

### **Umweltausschuss:**

9. Mai 2005: Siedlungswasserbau; Elektroaltgeräteverordnung, Umsetzung; Leistungen des ARA-Systems im Rahmen der getrennten Altstoffsammlung;

## Information

# VI Informations- und Serviceteil

### VI / a Ehrentafel (Beschluss-Stand Dezember 2005)

#### Ehrenpräsidenten des Österreichischen Gemeindebundes

Besonders verdienten Mitgliedern des Präsidiums des Österreichischen Gemeindebundes kann aus Anlass ihres Ausscheidens der Titel „Ehrenpräsident“ zuerkannt werden.

Präs. LPräs.a.D. Bgm.a.D. OSR Ferdinand REITER, 1020 Wien

Präs. LPräs.a.D. Bgm.a.D. Mag. Franz ROMEDER, 3931 Schweiggers

#### Ehrenmitglieder des Präsidiums

Dem Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes kann aus Anlass seines Ausscheidens aus dieser Funktion der Titel "Ehrenmitglied des Präsidiums" zuerkannt werden.

#### Träger des Ehrenringes des Österreichischen Gemeindebundes

Personen, die sich um den Gemeindebund besondere Verdienste erworben haben, können durch die Überreichung des „Ehrenringes des Österreichischen Gemeindebundes“ ausgezeichnet werden.

Präs. LPräs.a.D. Bgm.a.D. OSR Ferdinand REITER, Wien

Präs. Bgm.a.D. Rudolf OSTERMANN, Kematen

Präs. LPräs.a.D. Bgm.a.D. Mag. Franz ROMEDER, Schweiggers

#### Ehrenmitglieder des Österreichischen Gemeindebundes

Personen, die sich um den Gemeindebund oder die Kommunalpolitik außergewöhnliche Verdienste erworben haben, können zu "Ehrenmitgliedern des Österreichischen Gemeindebundes" ernannt werden.

LPräs.a.D. Bgm.a.D. ÖR Rudolf TILLIAN, Hermagor

Bgm. a.D. RR Sepp GANNER, Lilienfeld

HR Dr. Friedrich LECHNER, Linz

Präs. Bgm. a.D. Hubert WAIBEL, Wolfurt

Bgm. a.D. Otto KOFLER, Ferndorf

RgR Dir. Alfred SCHÖGGL, Maria Zell

Präs. Bgm.a.D. Rudolf OSTERMANN, Kematen

LPräs.a.D. Bgm. a.D. Rudolf STUMPFL, Bad Schallerbach

LPräs.a.D. Bgm. a.D. Hans SCHMIDINGER, Thalgau

LH Dr. Josef KRAINER, Graz

Präs. LPräs. a.D. Bgm. a.D. Alfred HAUFEEK, Heidenreichstein

Univ.-Prof. Dr. Hans NEUHOFER, Wels

Präs. LPräs.a.D. Bgm. a.D. Mag. Franz ROMEDER, Schweiggens  
Präs. Bgm. a.D. Gerhard KÖHLMEIER, Hard  
wHR i.R. Dr. Roman HÄUSSL, Aspangberg  
LPräsident Bgm. a.D. Walter PRIOR, Siegendorf  
Präs. LPräs. a.D. Bgm. Anton KOCZUR, Groß Siegharts  
Präs. Bgm. a.D. Günther PUMBERGER, Eberschwang  
Präs. Bgm. a. D. Michael RÁCZ, Oberwart  
Präs. LABg. a.D. Bgm. Franz RUPP, Höflein  
Bgm. a.D. Helmut LACKNER, Klagenfurt  
Dr. Franz HOCKER, Salzburg

Im Jahr 2005 musste sich der Österreichische Gemeindebund von seinem verdienstvollen Ehrenmitglied Bgm. a.D. DDr. Alois Lugger verabschieden, der am 11. August 2005 verstorben ist.

### **Träger des Ehrenzeichens des Österreichischen Gemeindebundes**

Personen, die sich um den Gemeindebund oder um die Kommunalpolitik besonderer Verdienste erworben haben, können durch die Überreichung des „Ehrenzeichens des Gemeindebundes“ ausgezeichnet werden.

RgR Hans WURNITSCH, Schönberg  
RgR Franz WAGNER, Baden  
LPräs. Bgm. a.D. Rudolf STUMPFL, Bad Schallerbach  
LPräs. Bgm. a.D. Hans SCHMIDINGER, Thalgau  
LH Dr. Josef KRAINER, Graz  
LT-Präs. Mag. Edmund FREIBAUER, Mistelbach  
Präs. Bgm. a.D. Alfred HAUF EK, Heidenreichstein  
Präs. BR Bgm. a.D. Ing. Georg KERSCHBAUMER, Villach  
LADir. Präs. wHR. Dr. Hermann ARNOLD, Mutters  
Dir. Dr. Kurt SOMMER, Bregenz  
Präs. Bgm. a.D. Gerhard KÖHLMEIER, Hard  
VPräs. Bgm. a.D. Othmar KNAFL, Maria Saal  
Abg.z.NR. LABg. Bgm. a.D. Alfred AICHINGER, Ried i.d. Riedmark  
wHR i.R. Dr. Roman HÄUSSL, Aspangberg  
Präs. Bgm. a.D. Walter PRIOR, Siegendorf  
Präs. LPräs. a. D. Bgm. Anton KOCZUR, Groß Siegharts  
Präs. Bgm. a.D. Günther PUMBERGER, Eberschwang  
Präs. Bgm. a. D. Michael RÁCZ, Oberwart  
Präs. a.D. Labg. a.D. Bgm. Franz RUPP, Höflein  
Bgm. a.D. Helmut LACKNER, Klagenfurt  
Dr. Franz HOCKER, Salzburg

## VI / b Die Landesverbände des Österreichischen Gemeindebundes



Burgenländischer Gemeindebund  
Präs. Bgm. AR Leo **RADAKOVITS**  
LGf. Bgm. Matthias **HEINSCHINK**  
Ing. Julius Raab Strasse 7/1, 7001 Eisenstadt  
Tel.: 02682/799 34 oder 799 35, Fax: 02682/799-627  
e-mail: post@gemeindebund.bgld.gv.at  
Verband sozialdem. Gemeindevertreter im Burgenland  
LObm. Präs. LAbg. Bgm. Ernst **SCHMID**  
LGf. Mag. Herbert **MARHOLD**  
Permaystraße 5, 7001 Eisenstadt  
Tel.: 02682/775 255 oder 775 256, Fax: 02682/68105  
e-mail: gvvbgld@spoe.at



Kärntner Gemeindebund  
LObm. Präs. 2.LT-Präs. Bgm. Hans **FERLITSCH**  
LGf. Dir. Mag. Stefan **PRIMOSCH**  
Alter Platz 28, 9020 Klagenfurt  
Tel.: 0463/55 111, Fax: 0463/55 111-22  
e-mail: office@kaerntner-gemeindebund.at



Verband NÖ. Gemeindevertreter der ÖVP  
LObm. Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred **RIEDL**  
LGf. Mag. Christian **SCHNEIDER**  
Ferstlergasse 4, 3109 St. Pölten  
Tel.: 02742/9020-800, Fax: 02742/9020-880  
e-mail: office@noegvvoevp.at



Verband der sozialdem. Gemeindevertreter in NÖ  
Präs. Bgm. Bernd **VÖGERLE**  
LGf. Dir. Mag. Ewald **BUSCHENREITER**  
Bahnhofplatz 10, Postfach 73, 3100 St. Pölten  
Tel.: 02742/313 054, Fax: 02742/313 054-20  
e-mail: office@gvvnoe.at

Oberösterreichischer Gemeindebund  
LObm. Präs. Bgm. Franz **STEININGER**  
LGf. Dir. Dr. Hans **GARGITTER**  
Coulinstraße 1, 4020 Linz  
Tel.: 0732/656 516 oder 656 517, Fax: 0732/651 151  
e-mail: post@oogemeindebund.at



Salzburger Gemeindeverband  
LObm. Präs. Bgm. Helmut **MÖDLHAMMER**  
LGf. Dr. Martin **HUBER**  
Alpenstraße 47, 5020 Salzburg  
Tel.: 0662/622 325-0  
Fax: 0662/622 325-16  
e-mail: [gemeindeverband@salzburg.at](mailto:gemeindeverband@salzburg.at)



Steiermärkischer Gemeindeverband  
LObm. Präs. NR a.D. Bgm. Hermann **KRÖLL**  
LGf. Dr. Klaus **WENGER**  
Burgring 18, 8010 Graz  
Tel.: 0316/822 079  
Fax: 0316/810 596  
e-mail: [post@gemeindebund.steiermark.at](mailto:post@gemeindebund.steiermark.at)



Tiroler Gemeindeverband  
LObm. Präs. LAbg. Bgm. Dipl.Vw. Hubert **RAUCH**  
LGf. Dr. Helmut **LUDWIG**  
Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck  
Tel.: 0512/587 130  
Fax: 0512/587 130-14  
e-mail: [tiroler@gemeindeverband.tirol.gv.at](mailto:tiroler@gemeindeverband.tirol.gv.at)



Vorarlberger Gemeindeverband  
LObm. Präs. Bgm. Mag. Wilfried **BERCHTOLD**  
LGf. Dr. Otmar **MÜLLER** und Peter **JÄGER**  
Marktstraße 51, 6850 Dornbirn  
Tel.: 05572/554 51  
Fax: 05572/554 51-93  
e-mail: [vbg.gemeindeverband@gemeindehaus.at](mailto:vbg.gemeindeverband@gemeindehaus.at)

## VI / c Der Österreichische Gemeindebund



PRÄSIDENT Bgm. Helmut **MÖDLHAMMER**  
GENERALSEKRETARIAT  
Generalsekretär vortr. HR Dr. Robert **HINK**  
Löwelstrasse 6, 1010 Wien  
Tel.: 01/5121480, Fax: 01/5121480-72  
e-mail: [oesterreichischer@gemeindebund.gv.at](mailto:oesterreichischer@gemeindebund.gv.at)  
GENERALSEKRETARIAT-AUSSENSTELLE BRÜSSEL  
Mag. Daniela **FRAISS**  
Avenue de Cortenbergh 30, 1040 Brüssel  
Tel.: 00322/28 20 680, Fax: 00322 - 28 20 688  
E-Mail: [oegemeindebund@compuserve.com](mailto:oegemeindebund@compuserve.com)